

Er scheint täglich außer Montag, Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. Frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 12 Pf. Sonntags-Beilage „Reue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzelne in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 662.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprach-Anschluss: Amt VI, Nr. 4106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 13. Januar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

„Die Nation sind wir.“

Vor länger als zweihundert Jahren sprach der Kaiser Ludwig der Vierte: „Der Staat bin ich!“ Die französische Revolution bewies im Jahre 1793, indem sie dem Kaiser Ludwig des Vierten den Kopf abschlug und das neue Frankreich gründete, aufs Schlagendste die Unrichtigkeit jenes Wortes. Und doch hatte es eine gewisse Berechtigung gehabt. Dem Feudalismus gegenüber, der die Staatseinheit in Frage stellte und mit dem Gedanken der nationalen Einheit im Widerspruch stand, war die absolute Monarchie, wie sie in der Person Ludwigs des Vierten war — weder ihre erste, noch ihre geist- und kraftvollste, aber unzweifelhaft ihre glänzendste — Verkörperung worden, unzweifelhaft ein Fortschritt. Der Monarch war das lebendige Symbol der Staatseinheit — er vertrat ideell nicht einen Theil der Nation, sondern die Gesamtheit — nicht einzelne Stände, sondern alle drei Stände, welche der vorrevolutionäre Staat in sich einschloß — das heißt alle Unterthanen. Er war der König der Armen sowohl als der König der Reichen — er versah die Stelle Gottes auf Erden und ließ — er, der stolze „Sonnen-König“ — seine Sonne gleichmäßig scheinen über Hoch und Niedrig.

So paradox es klingt: in dieser absoluten Monarchie triumphierte das Prinzip der Gleichheit, das der Feudalstaat prinzipiell und systematisch verkehrt und unterdrückt hatte. Alle Angehörigen des Staats waren gleich — alle mit einer einzigen Ausnahme: der des Monarchen, und dieser war kein Mensch, sondern ein Symbol, und zwar ein Symbol, das die Staatseinheit und die Gleichheit aller Staatsangehörigen bedeutete.

Freilich, so war es nur ideell, in der Theorie. Thatsächlich und in der Praxis war es ganz anders. Das Symbol der Einheit des Staats und der Gleichheit der Staatsangehörigen — „Rechtsgleichheit“ würden wir heute sagen — war zwar ideell, der Theorie nach ein Gott, mindestens ein Halbgoth, der die Stelle Gottes auf Erden versah, aber in Wirklichkeit war er ein gewöhnlicher Mensch, dessen Schwächen durch seine übermenschliche Stellung nur mehr hervorgehoben und zu ungeheurerlicher Entwicklung gebracht wurden. Die Gleichheit wurde zur abscheulichsten Ungleichheit, und der Staat, als dessen Personifikation sich Ludwig XIV. dem Parlament aufspielte, umfaßte in Wirklichkeit nur einen winzigen Bruchtheil Frankreichs und der französischen Nation — die paarhunderttausend Mitglieder des ersten und zweiten Stands (Geistliche und Adelige), während der dritte Stand, d. h. die 25 Millionen französischen Bürger, Bauern und Arbeiter, nichts waren und nur den Fußstempel und die Goldmine bildeten für den „König“ und seinen Staat, der sich in seinem Hofstaat konzentrierte.

Das: „Der Staat bin ich“ ist auch in neuerer Zeit wieder verklungen. Fürst Bismarck erklärte sich für Eins mit dem Deutschen Reich, und das Wort: „Des Königs Wille

ist das oberste Gesetz“ hat das: „Der Staat bin ich“ zum Zwillingsgeschwister.

Das Bürgerthum, welches in der französischen Revolution den Staat Ludwigs des Vierten wegsetzte, hat seinerseits einen neuen Staat gegründet, der — nach Camille Desmoulins' prophetischem Ausspruch — zu einer neuen Feudalität geworden ist. Wohl verkündete es zu Anfang der Revolution durch Sieyès' Mund das Programm:

Was ist der dritte Stand? Nichts.
Was soll er sein? Alles.

Der dritte Stand war jedoch bald nicht mehr das französische Volk — die 25 Millionen Franzosen, minus (mit Abzug) die paarhunderttausend Geistlichen und Adligen, die auch Bürger werden, oder überhaupt nicht sein sollten. Mit dem dritten Stand erging es wie mit dem Unterthanenwolk Ludwigs des Vierten: nur eine verschwindende Minderheit zählte, der Rest, die ungeheure Mehrheit, war Nichts. Aus dem dritten Stande wuchs die moderne Bourgeoisie hervor, die wie der Rahn oben schwamm, und sich als Alles, alle Anderen insgesammt als Nichts betrachtete. Das Wort Ludwigs des Vierten: „Der Staat bin ich!“ wurde von der herrschenden Bourgeoisie umgewandelt in das: „Der Staat sind wir.“

„Freiheit“, „Gleichheit“ — sind für die Bourgeoisie ein überwindener Standpunkt. Das arbeitende Volk ist nur dazu da, um zu arbeiten, und der Bourgeoisie die Reichthümer der Welt in den Schooß zu werfen. Wir, die Bourgeoisie, die ausbeutende, herrschende, genießende Klasse — wir sind die Nation — der Rest zählt nicht.“

Hundertmal ist es gesagt worden, — niemals so offen und so zynisch wie dieser Tage von der „Kölnischen Zeitung“.

Die rheinische Cloaca maxima, in der aller Schmutz des schieneuslickenden, brotvertheuernden Ausbeuterthums zusammenläuft, veröffentlichte am vorigen Donnerstag einen giftstrotzenden Artikel über „Gras Capivi und die Parteien“.

„Die deutsche Nation“ sei unzufrieden mit dem neuen Reichskanzler; sie fühle sich nicht mehr so wohlge und so sicher, wie unter dem vorigen Kanzler, wo Jeder, der das Zeug dazu hatte, sich bereichern konnte nach Noten und wo das Haupt der Schieneuslicker im Staatsrathe saß, statt auf der Kuffagebank. „Die Nation“ wünscht, daß die gute Zeit der Bismarck'schen Millionärstücherei zurückkehre.

Die Nation wünscht es. Und wer ist die Nation? Das Orakel der Bourgeoisie antwortet aus der duftenden Cloaca maxima:

„Wir verstehen unter Nation die nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten des deutschen Volkes, die schreibenden, lesenden, redenden

Klassen, die Stände, die in Landwirthschaft und Industrie, in Handel und in akademischen Berufsstellungen sich produzierend regen. Und der Kern dieser Nation denkt liberal-konservativ.“

Also nur die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Schichten“ sind die Nation; nur die „schreibenden, lesenden, redenden Klassen“, die einerlei sind mit den „Ständen, die sich in Landwirthschaft, Industrie u. s. w. produzirend“, d. h. im Lügenjargon der Bourgeoisie als Großgrundbesitzer, Kapitalisten und Unternehmer „regen“, die „akademisch“ gebildeten Söhne der Bourgeoisie und Junker — das ist die Nation.

Was in Stadt und Land sich auf Kosten Anderer bereichert, was von fremder Arbeit lebt, was das Brot des armen Mannes vermittelt der Geizhabs-Klinke großwucherisch vertheuert, was die Eisen- und Kohlenpreise durch Ringe künstlich emporreibt, — was den Arbeitern, aus deren Schweiß und Blut es sich die blanken Goldstücke fischt, das Fell über die Ohren zieht und die einfachsten politischen Rechte verweigert — was Stempel fälscht, Schienen sticht, Staat und Gemeinde um die Steuern betrügt, — was mit der Kouponschere arbeitet, — kurz die Parasiten der modernen Gesellschaft — das ist die Nation.

Und das arbeitende Volk, von dem sie Alle leben, ohne das sie verhungern müßten, oder selbst arbeiten — es zählt nicht. —

Run — auch für diese „neue Feudalität“ wird das 1789 kommen — der Tag, wo das arbeitende Volk denen, die ihm die politische Existenz jetzt absprechen, zurufen wird:

Ihr habt Euch bisher als Nation aufgespielt. Ihr ward Alles und wir waren Nichts. Das muß anders werden. Das ist eine freventliche Umdrehung des Rechts und der Thatsachen. Ihr lebt von uns — Ihr besteht nur durch unsere Gnade. Ihr seid überflüssig im Staat. Wir, die wir bisher nichts waren, wir wollen Alles sein. Wir wollen Euch aber nicht vergewaltigen — wir bieten Euch gleiches Recht bei gleichen Pflichten.

Wollt Ihr ehrlich mitarbeiten, dann gut. Wo nicht, so geht nach Ostafrika oder ins Land wo der Pfeffer wächst — Deutschland verliert nichts, wenn es Euch verliert — es kann nur gewinnen. Wo wir sind, da ist der Staat, da ist die Gesellschaft. Wir sind Nation! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Der Diätenantrag, mit dem der Reichstag sich heute — gleich nach seinem Wiederyusammentritt — beschäftigte, führte zu einer längeren Debatte, die aber nur

Feuilleton.

Neudruck verboten.)

[10

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

Endlich erscheint der Herr Expeditions-Vorstand, auch Oberschreiber genannt. Den ersten Titel zieht er vor. Dieser Mann kann mit Recht behaupten, daß er sich durch's Leben durchgeschlagen; seine Nase scheint dabei die Spitze einer Feder angenommen zu haben, so daß man, wenn er sich mit derselben über das Dintenfaß neigt, nicht recht weiß, ob er die Feder oder die Nase eintauchen will, um vielleicht das Löffelchen über dem „i“ zu sehen. Die massive Brille, welche er gewohnheitsmäßig beim Sprechen auf die Stirn schiebt, hat keine Ahnung mehr davon, daß sie einstweilen blau angelauten war, die Haartour würde jeden Friseur in Verzweiflung und die Farbe desselben einen Naturforscher in Verlegenheit setzen, wenn er angeben sollte, ob diese Büchel, die sich wie die Gipfel einer Fichtenwaldung um einen kalten Hügel gruppieren, der grauen, blonden oder braunen Gattung zuzuweisen sind. Sein vornehmliches Husten hat sein Neben schon von weitem verrathen und die jungen Leute veranlaßt, eine „glücklich sitzame Haltung auf ihren Plätzen einzunehmen. seinem Eintreten erschallt auf sein würdevolles „Guten Morgen“ ein vielstimmiger Gegengruß. Der lange „Pflanzentanker“, wie der ehrwürdige Straßmann der muthwilligen Schreiberschaar getauft worden, auf den Haasel gehängt und an seine Stelle tritt der

Arbeitsrock, an welchem die Wolle nur noch da vorhanden, wo sie die schädlichen Leinwandwürmer verhillen.

Sind denn die Herren Rechtskandidaten schon eingetroffen, oder haben dieselben noch nicht gerührt, ausgerührt zu haben?“ krächzte der Alte mit einer Stimme, welche den seiner Ansicht nach schwebigen Witz, den nur die allzuhäufige Anwendung abgestumpft hatte, noch schärfer zum Gehör bringen sollte.

Die Rechtskandidaten, deren Dr. Raffmaus zwei besoldete, waren des Alten größter Aerger, da sie sich seiner Oberleitung und Disziplin gänzlich entzogen, ja ihn zuweilen durch mangelnde Ausstellungen, sowohl bei seinem Vorgesetzten, wie bei seinen Untergebenen, bei denen er bis zur Zeit, da Jene ins Geschäft eingetreten, als unbedrückte Autorität gegolten hatte, zu blamieren versuchten. Er hielt es für eine ganz unzulässige Pflichtvernachlässigung, daß diese Herren regelmäßig erst eine Viertel- oder halbe Stunde nach acht Uhr eintrafen und häufig auch um ebenso viel früher weggingen.

„Die gnädigen Herren haben noch nicht gerührt“, erscholl es alsbald rings im Chöre, weil man wußte, daß diese Antwort den Alten immer am gnädigsten stünzte.

In der That schmunzelte auch der Herr Expeditions-Vorstand und rief nun mit sanfterer Stimme die Namen der Einzelnen auf, um einem Jeden die ihm zukommende Tagesarbeit zuzutheilen. Nur als er den Namen Leberecht Habicht aufrief, fügte er das Prädikat „Herr“ hinzu, und seine Stimme nahm wieder einen härteren Klang an.

Habicht war nämlich ein denkender Schreiber, dem man die schwierigeren Arbeiten zutheilen konnte; er war auch nächst dem Expeditionsvorstande der älteste Arbeiter im Geschäft, und sein Vorgesetzter sah ihn nicht bloß als seinen bermalreinstigen Nachfolger, sondern auch als einen Mann

an, der ihn jederzeit ersetzen könnte, ihn hier und da auch schon mit Erfolg ersetzt hatte, was freilich weder der Alte, noch der Prinzipal, der ihm eine sehr bescheidene Vergütung bezahlte, zugeben wollte.

Nach einer Weile trafen auch die Rechtskandidaten ein und ernten für ihren herzhaften Gruß nur einen nachlässigen, langgezogenen „guten Morgen“. Sie begeben sich in ein kleineres, links von der Schreibertube gelegenes Zimmer, um nun zunächst gegenseitig die Erlebnisse und empfangenen Eindrücke des vergangenen Sonntags auszutauschen.

In der Schreibertube wird es still; man hört nur das Schnurren und Knirschen der Federn, sowie das Geschlelle des Expeditionsvorstandes, zu welchem Geräusche die ehrwürdige Pendeluhr mit gleichmäßigem Gange ihre zweitaktige Begleitung giebt.

Endlich ertönt die Glocke im Kabinette rechts, die Glocke des Herrn Doktors, welcher mit diesem Signal den Expeditionsvorstand zu sich beschleibt, um ihm die nöthige Instruktion für den Tag zu geben.

Bald finden sich auch Klienten ein. Der Expeditions-Vorstand ist für dieselben zugleich Auskunftsbehörde.

Der Erste, welcher eintritt, ist ein Landmann, dem der Hagel die Ernte beinahe vernichtet hatte und der infolge dessen eines kleinen Darlehens, das er mit Hypothek auf sein Grundstück sicherstellen will, bedürftig geworden.

„Haben Sie sich denn nun entschlossen, die verlangte Provision zu bezahlen?“ herrscht ihn der Alte an.

„Es bleibt mir jetzt nichts weiter übrig“, erwidert der Landmann.

„Hätten Sie sich gleich entschlossen, kamen sie besser weg.“ „Ja wollte doch erst versuchen, das Geld von anderer Seite billiger zu erlangen.“ „Und haben es nur um so theurer, denn erstens haben

im Anfang eine Diätendebatte war, und dann in eine Antisemitendebatte auslief. Ueber die Diäten ließ sich nicht viel sagen — und nichts, was nicht schon hundertmal gesagt wäre. So begnügten die meisten Redner sich, ihre und ihrer Parteien Stellung zu dem Antrag klarzulegen. Ablehnend verhielten sich nur die Konservativen beider Fraktionen. Die Rationalliberalen waren wie immer zerfahren und gespalten. Alle anderen Parteien erklärten sich entschieden für den Antrag. Im Namen der Sozialdemokraten sprach Bebel, der auf die Verhandlungen des konstituierenden Reichstags über den betreffenden Passus der Reichsverfassung hinwies, und die Gefährlichkeit des Experiments zeigte: die Diäten als Kompensation für die Aufhebung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu gewähren. Durch Stöcker wurde die „Judenfrage“ in die Debatte geworfen — seine Ungezogenheiten und Böbeleien gaben Singer Veranlassung zu sehr scharfer Abwehr und Bächtigung. Stöcker ergriff mindestens ein halb Duzend Mal das Wort; und außer ihn beglückten auch die Wiedermänner Pickenbach und Werner das Haus mit antisemitischen Reden. Stöcker war beiläufig recht kleinlaut — er erheiterte durch den Eifer, mit welchem er den Kollegen Bödel von seinen Redeschöpsen zu schütteln suchte. Jeder dieser Antisemiten bildet bekanntlich eine Fraktion für sich und „wird vom andern abgethan.“ —

Das der Finanzminister und das fiskalische Interesse im Schulwesen und Eisenbahnen zu sehr hervortreten, beklagt die „Kölnische Zeitung“. Warum soll gerade der Finanzminister der Prügeljunge sein? Er hat das Geld zu schaffen — wo er es findet, gleichviel. Die Eintheilung der Ministerien ist nur eine Grundverlechte. Der Schein kollegialer, nebengeordneter Ministerien und Reichsämtler täuscht. Das Amt des Finanzministers sollte einfach mit dem des Kriegsministers verbunden sein. Der Kriegsminister erhebt die Steuern, regelt die Finanzen und stellt die Einnahmen fest. Was übrig bleibt, mögen dann die anderen Minister sich kollegialisch theilen. Dies ist das tatsächlich herrschende System, und wer an diesem nicht rütteln will, führe wenigstens keinen Kampf gegen fingirte Windmühlensügel. —

Die Reichstags-Erfahrung im Wahlkreise Pflanz für den verstorbenen geistlichen Rath Müller (Zentrum) findet am 22. Februar statt.

Der Schutz der nationalen Industrie hat im Deutschen Reich eine ganz wunderbare Aehnlichkeit mit jenem Schutz, den nationale Räuberbanden nicht bloß gegen ausländische Räuberbanden, sondern überhaupt gegen Jeden, der ihnen das Räuberhandwerk legen will, verlangen. Der Kapitalismus betrachtet den Staat als sein Eigentum, er identifiziert ihn mit sich selbst, der Kapitalismus sagt wie Ludwig XIV.: „Der Staat bin ich!“, was hat also der Staat für höhere Aufgaben, als die Interessen des Kapitalismus zu wahren. Ludwig XIV. und der Kapitalismus sind von der gleichen felsenfesten Ueberzeugung durchdrungen, daß sie der Staat sind, was liegt also näher, als daß die Unterthanen, die Arbeiter ihnen tributpflichtig sind; alle Abgaben zahlen sie, alle Lasten tragen sie — für den „Staat“. Wie Ludwig XIV. und der Kapitalismus der Staat sind, so sind die Unternehmer, Fabrikanten und Aktienbesitzer die Industrie, und alles, was ihrem Profit geopfert wird, ist ein der „Industrie“ gebrachtes Opfer. Da nun das Volk, die Arbeiter, nur dem Staat, der Industrie, der Landwirtschaft und ähnlichen abstrakten Dingen Opfer bringen, haben sie keinerlei Anlaß sich etwa über Herrscher, Fabrikanten oder Grundbesitzer zu beschweren. Was diese herunterzuschleudern, ist alles nur im Interesse jener abstrakten Dinge.

Läßt man sich freilich nicht von dem abstrakten Schein täuschen oder streift gar diesen Schleier ab, dann stößt man auf die konkrete, saß- und greifbare Wirklichkeit. Der Schutz der nationalen Arbeit repräsentiert sich dann vielleicht in Krupp, welcher der preussischen Eisenbahnverwaltung Schienen frei Vordum für 145 M. liefert, während er dieselben nach Rumänien zoll- und transportfrei nach Galatz zu 111,60 M. liefert. Am 2. Januar verlangte, wie die „Vossische Ztg.“ mittheilt, bei einer Verdingung die schlesischen Werke für die Tonne Schienen vom Werk ab 118 M., die rheinisch-westfälischen Werke 115—117 1/2 M. In denselben Tagen

schlossen rheinisch-westfälische Werke die Lieferung von 40 000 Tonnen Schienen nach Süd- und Mittelamerika zu 83 M. frei Vordum Antwerpen oder Rotterdam ab. Das macht nicht nur einen Preisunterschied von 34 M., sondern es kommt auch noch die Fracht bis Antwerpen und Rotterdam hinzu.

Wer trägt nun den Schaden, wenn die deutschen Lieferanten den deutschen Verwaltungen um die Hälfte theurer liefern als dem Ausland? Doch nur die deutschen Steuerzahler. Und weshalb kann solche Ausbeutung dieser stattfinden? Nun, die deutschen Lieferanten haben vor dem Auslande nicht nur den Vorzug des Zolls, der 25 M. pro Tonne beträgt und die geringere Fracht voraus, sondern die Staatsverwaltungen gaben ihnen, auch wenn sie trotz alledem noch höhere Preise forderten als ausländische Lieferanten, im Interesse des „Schutzes der nationalen Arbeit“ noch den Vorzug. Gegenwärtig scheinen die inländischen Staatsverwaltungen von diesem „Schutz der nationalen Arbeit“, der im Grunde genommen nichts anderes ist, als ein Schutz der Ausbeuter, abzugehen, und so haben sie denn wiederholt ausländischen Mitbewerbern den Vorzug gegeben. Es wird dadurch vielleicht der zu großen Unverschämtheit der Ausbeuter eine kleine Schranke gesetzt, im Uebrigen aber wird die Ausbeutung nach wie vor bis an die Grenze der Möglichkeit getrieben werden, was auch nicht anders zu erwarten ist, so lange der Staat die Interessen der Ausbeuter mit denen der Industrie identifiziert. —

„Der ewige Friede ist ein Traum und nicht einmal ein schöner Traum“, sagte bekanntlich der Generalfeldmarschall Graf Moltke, nachdem er durch die Kriege mit Oesterreich und Frankreich zu hohen Ehren gelangt war. Einst hat er anders gedacht, und sein anderes Denken auch mit Gründen versehen. Diese Gründe hat er nicht widerlegt, nicht einmal zu widerlegen versucht. Von den gesammelten Schriften Moltke's ist jenen der 9. Band erschienen. Derselbe enthält einen Aufsatz: „Deutschland und Palästina“, in welchem Moltke für eine Kolonisation Palästina's durch Deutschland eintritt. Er vertritt freilich auch darin den Gedanken, als bedürfe die „überprüdelnde Kraft“ einer Nation einer besonderen Ablenkung in allerlei Abenteuer, und fände sie nicht in tausendfachen Werken des Friedens. Aber abgesehen hiervon, spricht Herr v. Moltke vor 50 Jahren Ansichten aus, die Jedem, der ihnen im Deutschen Reichstage Ausdruck gegeben hätte, den Mafel der „Reichsfeindschaft“ ausgedrückt haben würden. Er schreibt:

Wir bekennen uns offen zu der vielfach verspotteten Idee eines allgemeinen europäischen Friedens. Nicht als ob von jetzt an blutige und lange Kämpfe nicht mehr stattfinden könnten, als ob man die Armeen verabschieden, die Kanonen zu Eisenbahnschienen umgießen sollte, nein! aber ist nicht der ganze Gang der Weltgeschichte eine Annäherung zu jenem Frieden? Sehen wir nicht zu Anfang die Hand eines Jeden wider Jeden erhoben? Fochten nicht selbst im Mittelalter Ritter und Barone, Burgen und Städte ihre Fehden nur so lange untereinander aus, bis die Fürsten ihnen das Handwerk legten und das Recht für sich allein in Anspruch nahmen? Und heute! Ist in unseren Tagen ein spanischer Erbfolgekrieg oder ein Krieg pour les beaux yeux de Madame möglich? Dürfte Holland wegen einer Provins, Neapel wegen des Schwefelmonopols, Portugal wegen der Duroschiffahrt den Frieden brechen? Es ist nur einer sehr kleinen Zahl von Mächten noch die Möglichkeit vorbehalten, die Welt in Flammen zu setzen.

Die Kriege werden immer seltener werden, weil sie bereits über die Maßen theuer geworden sind, positiv durch das, was sie kosten, negativ durch das, was sie verjähren lassen. Hat nicht Preußen unter einer guten und klugen Verwaltung in 25 Friedensjahren seine Bevölkerung um ein Viertel vermehrt, und sind seine 15 Millionen Einwohner heute nicht besser genährt, besser gekleidet, besser unterrichtet, als seine 11 Millionen es waren? Kommen solche Resultate nicht dem Gewinn eines Feldzuges, der Eroberung einer Provinz gleich? nur mit dem Unterschied, daß sie nicht auf Unkosten eines Anderen und ohne die unermesslichen Opfer eines Krieges erreicht wurden. Und welches europäische Land hat nicht ähnliche, wenn auch meist minder große Eroberungen in seinem Innern gemacht? Der Gedanke liegt so nahe, die Milliarde, welche Europa jährlich seine Militärbudgets kosten, die Millionen Männer im rüstigen Mannesalter, welche es ihren Geschäften entreißen muß, um sie für einen eventuellen Kriegsfall zu erziehen, alle diese unermesslichen Kräfte

mehr und mehr produktiv zu nutzen. Sollte Europa, sei es in Jahrzehnten oder in Jahrhunderten, nicht die gegenseitige Entwaffnung, nicht das Begegnen des Schanzspiels erleben, das heute Frankreich giebt, welches seinen Rod verkaufen will, um sich einen Harnisch anzuschaffen? —

So schrieb Moltke zu einer Zeit, wo die Militärbudgets ganz Europa nur um eine Milliarde jährlich belasteten. Wie gering muß und diese Ziffer heute erscheinen! Und wenn es Moltke damals widerständig fand, seinen Rod zu verkaufen, um sich einen Harnisch anzuschaffen, so finden es unsere Staaten heute für ganz natürlich, zu diesem Zwecke nicht bloß den Rod, sondern auch noch das Hemde hinzugeben.

Der Ideengang Moltke's vor 50 Jahren mit dem der herrschenden Klassen von heute verglichen, zeugt von dem Fortschritt, den wir gemacht. Alles was die bürgerliche Gesellschaft früher als ideale Güter noch hochgehalten vorgab, Humanität, Gerechtigkeit, Ueberzeugungstreue, ist heute von ihr über Bord geworfen, und die Anbetung des rohen brutalen Erfolges, des Gewinnes, des Profits, der Macht ist an ihre Stelle getreten. Und da ist es nicht zu verwundern, daß ihr das Anstehen des Krieges Aller gegen Alle, die Idee des ewigen Friedens als ein nicht einmal schöner Traum erscheint. —

Zimmer beurtheilen sie uns nach sich selber. Die großartige Bethätigung des internationalen Fühlens und Denkens, zu welcher der deutsche Buchdruckerstreik den Anlaß gegeben hat, ist unseren Gegnern nicht bloß ein Dorn im Auge, sondern auch ganz unverständlich. Was kann die englischen Arbeiter bewegen, für ihre Kollegen in Deutschland einzutreten? Dahinter muß irgend ein jenseitiges niedrigeres Motiv stecken, die ausschließlich für den Geldsack bestimmend sind. Irgend ein schmätziger Vortheil. Und richtig, sie haben es entdeckt. Schreibt da ein kapitalistischer Pfiffikus an die „Leipziger Zeitung“, die es behaglich abdruckt:

So gering auch die praktische Bedeutung der englischen Unterthütung für den Ausgang der Bewegung selbst ist, die die Unterthütung der deutschen Buchdrucker durch die englischen Gewerkschaften hat, so besitzt sie doch immerhin in gewisser Beziehung eine theoretische; ist es doch das erste Mal, daß die englischen Vereine eine Bewegung auf dem Kontinent unterstützen, und die Frage liegt nahe, welche Gründe dieselben dazu bewegen. Sind es dieselben wie die, welche die deutschen Buchdrucker zur Motivierung der Inanspruchnahme der ausländischen Unterthütung angeführt haben, nämlich die bekannten von der Internationalität der Arbeiterinteressen, dann ist das Vorgehen der Gewerkschaften in der That ein Beweis für das Eindringen sozialistischer Ideen in diese „aristokratischen“ Arbeitervereinigungen. So wenig wahrscheinlich das von vornherein für den ist, der die Verhältnisse etwas näher kennt, so interessant ist es, die wirklichen Gründe, die die Engländer zur Unterthütung der Deutschen bewegen haben, aus ihrem eigenen Munde zu vernehmen. Nachdem in dem Zirkular, das den Mitgliedern der Londoner Sechsgesellschaft den der Unterthütung unterworfenen Antrag des Vorstandes auf eine Unterthütung von 500 Pfd.-Stek. für die deutschen Buchdrucker motiviert, allerdings in einigen Worten der beginnenden Theilnahme der Engländer an den internationalen Arbeiterkongressen gedacht ist, heißt es in demselben so: „Von englischen Standpunkte aus betrachtet, halten wir dies (den neunhundertigen Normal-Worktag) für die wichtigste Frage, welche seit langer Zeit unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nahm; denn wenn auch die Konkurrenz des Auslandes in unserem Gewerbe nicht so fühlbar ist, wie in vielen anderen, so hat uns doch der Erlaß des Rüstschutzes-Gesetzes die Thatfache enthält, daß ein beträchtlicher und stets zunehmender Prozentsatz von Druckarbeiten nach dem Kontinente geht, indem dort Löhne und Arbeitszeit noch so weit unter dem unfrigen zurückbleiben. In Deutschland gedruckt“ ist eine heutzutage keineswegs seltene Bemerkung auf Drucksachen, selbst den besten Werken, und während wir unter unserem Freihandels-Systeme dem mit keinem sich haltigen Einwande begegnen können, haben wir doch als Nation ein Interesse, eine solche Konkurrenz so viel als möglich einzuschränken, besonders wenn in diesem Lande ebenso gute oder bessere Arbeit geliefert werden kann, sofern die Arbeitsbedingungen die gleichen sind.“ Also nicht kosmopolitische Phantasien, sondern nationale; nützliche Erwägungen sind für die Engländer ausschlaggebend gewesen. Die deutschen Buchdrucker sollten von ihnen lernen im Allgemeinen und im Besonderen, daß sie sich wirklich selbst den Harnisch, auf dem sie sitzen — wie Rommeln ihr Treiben treffend bezeichnet hat. Wie weit sie aber davon entfernt sind, welche Urtheilskraftigkeit sogar die Zeitung den Genossen selbst vertraut, das beweist der Umstand, daß das obige Zirkular in angelegenheiten zu befragen. Stören Sie uns also hier nicht länger.“

„Nun, so möge Gott mir gnädig sein,“ seufzte der arme Mann und ging mit gesenktem Haupte und jedenfalls schwerbetriebenem Herzen fort.

Numero Eins für diesen Tag,“ murmelte eine Stimme am Fenster.

Was murmeln Sie da, Herr Habicht?“ rief sofort mit scharfer Stimme der Herr Expeditionsvorstand, indem er dabei seine Brille in die Höhe hob.

Ich notire mir nur etwas, Herr Russelich,“ bemerkte der Angeredete in nachlässiger Weise.

Sie wissen, daß hier Niemand seine Stimme unaufgefordert laut werden lassen darf.“

Ich sprach auch nicht laut,“ entgegnete der Schreiber. „Sie haben zu schweigen!“ lautete nunmehr die scharfe Gegenantwort und die zeitweilig außer Foktion gesetzte Brille fiel wieder auf die spitze Nase herab.

Abermals klopfte es an die Thür und abermals läßt Herr Russelich sein krächzendes „Herrin“ vernehmen. Eine sehr ärmlich gekleidete Frau in ziemlich vorgerücktem Alter erhebt auf der Schwelle. Russelich bracht sich um seine Brille rüsch wieder auf die Stirn.

Wer sind Sie, Frau?“

Ich bin die Frau des Schuhmachermeisters Draht und wollte ganz ergebenst bitten . . .

Aha, die Frau Draht; bringen Sie Geld?“

Ah, wenn ich das könnte, ach, Herr Reichsgesetzter, wenn Sie wüßten, wie schlimm wir durch die Einsperrung unseres armen Väterchens daran sind.“

Sie unnötiger Weise Zeit und Mühe vergeudet, und inzwischen ist der Zinsfuß etwas in die Höhe gegangen. Sie müssen jetzt ein halb Prozent mehr bezahlen, wenn Sie das Geld haben wollen.“

Das kann ich ja gar nicht verdienen bei dem jetzigen Preise der Feldfrüchte.“

Dann müssen Sie es eben bleiben lassen,“ entschied der Alte, „da brauchen Sie sich gar nicht erst zu dem Herrn Doktor hinein zu bemühen.“

Vielleicht würde ich durch persönliche Vorstellungen . . .

Glauben Sie vielleicht, wir haben hier nichts weiter zu thun, als uns mit Ihren Vorstellungen die kostbare Zeit abhehlen zu lassen? Hier heißt's: „entweder — oder“. Wenn Sie die Provision und die Prozente bezahlen wollen, so ist's ein Geschäft, außerdem können Sie gehen, wohin Sie wollen. Der Herr Doktor hat mich beauftragt, Sie zu bescheiden. Entschließen Sie sich kurz, denn jede Minute kostet bei uns Geld.“

„Ich habe jetzt keine Wahl mehr,“ seufzte der Landmann und fuhr sich mit der schwierigen Faust über die Stirne.

„So gehen Sie hinein zu dem Herrn Doktor, aber machen Sie die Sache so kurz wie möglich.“

Der Landmann klopfte, der erhaltenen Weisung gemäß, an die Thüre rechts und wurde durch ein herrisches „Herrin“ veranlaßt, einzutreten.

Schreiben Sie, Heinrich, 15 Groschen für eine Unterredung mit dem Herrn Doktor auf das Konto des Joseph Reinsch in Weichungen,“ befahl der Expeditionsvorstand und ließ seine Feder von Neuem laufen.

Dr. Rasmann ist selbstverständlich auch Administrator verschiedener Vermögens- Hinterlassenschaften und anderen Eigentums, weshalb er fast immer ansehnliche Summen zu verleihen hat. Das ist ein sehr einträgliches Geschäft, da er nicht allein für seine Administration Gebühren zieht und die Kapitale den Eigenthümern nur niedrig verzinst, sondern auch auf der anderen Seite beim Verleihen hohe Zinsen nimmt und extra Provision zahlen läßt. Dafür glänzt aber auch sein Name bei allen öffentlichen Dank-

sagungen und Quittungen über von ihm großmüthig gespendete wohlthätige Gaben in erster Reihe.

Im Uebrigen geht sein Geschäft einen äußerst pünktlichen Gang. Mit gewöhnlichen Rechtsachen werden die Klienten an die Rechtskandidaten gewiesen, die dem Prinzipale jährlich Tausende von Thalern verdienen und dafür mit einem Honorar abgespeist werden, welches ein halbwegs tüchtiger Handlungsgehilfe verschmähen würde. Die schwierigen und verwickelten Prozesse behält sich Dr. Rasmann, der auf diese Weise seine Kraft verdreifacht hat, selbst vor.

Ein armer Tischlermeister tritt als nächster Klient in die Expedition und will mit dem Herrn Doktor sprechen.

„Bringen Sie Geld?“ fragt der Expeditionsvorstand.

„Leider ist es mir noch nicht möglich gewesen, es zusammenzubringen.“

„Da konnten Sie sich den Weg hierher sparen.“

„Aber ich soll morgen ausgepändel werden.“

„Das ist Sache des Gläubigers, nicht unfer.“

„Ich war bei Herrn Kollfus, der schickte mich hierher.“

„Haben Sie etwas Schriftliches von ihm?“

„Das habe ich allerdings nicht, aber der Herr Kollfus theilte mir mit, er habe dem Herrn Doktor die ganze Angelegenheit übergeben, ich sollte mich an diesen wenden.“

„Damit hat er Sie bloß abspießen wollen, das kennt man schon. Ich kann Ihnen nur einfach rathen, bezahlen Sie, oder machen Sie sich auf die Exekution gefaßt.“

„Aber, mein Gott, soll ich denn ganz zu Grunde gehen?“

„Machen Sie keine Schulden, die Sie nicht bezahlen können.“

„Kann ich denn etwas dafür, daß meine Frau krank geworden und daß mir der Bau-Unternehmer Johne mit den sauer verdienten Thalern durchgebrannt ist?“

„Sehen Sie sich die Leute, denen Sie Vertrauen schenken, besser an. Und passen solche Sachen nicht.“

„Besser ansehen? Aber bedenken Sie doch . . .“

„Guter Freund, ich habe hier wichtigere Angelegenheiten zu besorgen, als mich mit Jedermanns Privat-

der Ueberzeugung im offiziellen Organe der Buchdruckergehilfen mitgeteilt ist. Wenn diese ihren Gegnern nicht geglaubt haben, als sie ihnen das Thörichte und Unsichtlose ihres Beginns auseinanderzusetzen, dann sollten sie doch jetzt wenigstens ihren „guten Freunden“ glauben.“

Das englische Birkular, welches hier zitiert ist, enthält infolgedessen einen Irrthum, als es die Ansicht ausdrückt, durch Beschränkung der Arbeitszeit in Deutschland könne die deutsche Konkurrenz für England gemindert werden. Die Masse und Billigkeit des Produkts hängt von der Arbeitszeit nicht ab — die Länder mit der kürzesten Arbeitszeit sind bekanntlich auf dem Weltmarkt voran, weil sie am billigsten und massenhaftesten produzieren. Wahr ist aber, daß die englischen Arbeiter die deutschen Arbeiter auf ihr eigenes, höheres Niveau zu heben wünschen, und daß sie in ihnen Kollegen, Kameraden und Genossen erblicken. Wahr ist auch, daß sie glauben, es liege in ihrem, der englischen Arbeiter, Interesse, wenn die deutschen Arbeiter gleich gut gestellt würden, wie sie selber. Ist das aber etwas Schlimmes? Im Gegentheil: dem Herzen und Verstand der englischen Arbeiter macht es Ehre, daß sie in der Förderung des Wohls ihres Nächsten die Förderung des eigenen Wohls sehen. Sie beweisen dadurch, daß sie die internationale Solidarität der Arbeiterinteressen begriffen haben. Und wenn der deutsche Buchdruckerstreik kein anderes Resultat haben sollte, als daß er bei den englischen Arbeitern das Bewußtsein der internationalen Solidarität zum Durchbruch gebracht hat, dann würde er schon verdienen, in der Geschichte der Arbeiterbewegung mit einem rothen Kreuz bezeichnet zu werden. —

Ein ermäßigter Personentarif wurde heute von der Bayerischen Abgeordnetenkammer verlangt. Ein Antrag, die Regierung um baldmöglichste Einführung eines solchen zu ersuchen, wurde einstimmig angenommen. Minister Graßheim akzeptierte den Antrag, weil darin die bayerische Regierung aufgefordert würde, die Initiative zu weiteren Verhandlungen zu ergreifen. Die preussischen Landtags-Verhandlungen würden vielleicht mehr Klarheit in die Sache bringen. Vorläufig aber müsse die Frage, ob Bayern allein vorgehen könne, offen bleiben. — Wir bezweifeln, daß von Preußen aus die Ermäßigung des Personentarifs gefördert werden wird. Wird doch in den maßgebenden Kreisen verlangt, daß vielmehr das Reisen den Arbeitern erschwert werde. So lange noch immer die Gelüste und die Arbeiter an die Scholle zu binden, begünstigt werden, wird bei der Tarifstellung für den Personenverkehr die Erleichterung desselben eine untergeordnete Rolle spielen. —

Der Staatsanwalt als Zeuge. Das Verhalten des Staatsanwalts, der in dem Prozesse gegen Ledebour am 16. Januar als Zeuge fungierte, ist von dem Angeklagten selbst in einem Artikel des „Vorwärts“ beleuchtet. Charakteristisch ist es, daß von der gesamten Berliner Presse auch nicht ein Blatt an dem Verhalten des Ersten Staatsanwalts Boytash in seiner Eigenschaft als Zeuge Anstoß nahm. In einer rein formalen Sache hatte er Auskunft zu geben, und nachdem dieses geschehen, fügte er aus freien Stücken hinzu:

„Er habe erklärt, nicht verschweigen zu wollen und so müsse er denn noch eine Mittheilung machen, von welcher er allerdings voraussetze, daß sie dem Angeklagten nicht zum Vortheil gereichen würde. Derselbe sei auf der schiefen Ebene von der „Volks-Zeitung“ zur Sozialdemokratie herabgeglitten. Er (der Zeuge) habe im „Vorwärts“ den Bericht über eine Versammlung gelesen, in welcher der Angeklagte erklärt habe, daß er zu revolutionären Beabsichtigungen. Daraus gehe hervor, daß es ihm nur um Verbrechen zu thun sei.“

Der Gerichtshof selbst erklärte diese Aussage für ganz gleichgültig und nicht zur Sache. Die Presse, nicht bloß die konservative, sondern auch die freisinnige, findet dieses Verhalten des Staatsanwalts ganz in der Ordnung, oder sieht es als etwas so gleichgültiges an, weil es sich gegen den von der Bourgeoispreffe geachteten Ledebour wendet. Gegen ihn muß selbst der Staatsanwalt in jedem Falle Recht behalten. —

Verschwörungen gegen den Zaren und gegen die russische Regierung werden von diesem so gefürchtet, daß man jede Mittheilung über dieselben in Rußland unterdrückt sehen will, und so sucht man denn die geschehenen Verhaftungen auf andere Ursachen zurückzuführen, welche jedoch die russischen Zustände in noch schlimmerem Lichte erscheinen lassen. Die Massenverhaftungen in Warschau werden bestritten; die Verhaftungen überstiegen nicht die „gewöhnliche“ Zahl. Drei Schwestern Hirschfeld und deren Bruder wären verhaftet, weil man bei ihnen Bedenken äußern zur Feier der polnischen Verfassung vom 3. Mai gefunden. Die beiden Damen seien gegen Bürgerhaft entlassen, was aus dem Bruder geworden, weiß man nicht. Außerdem seien drei Gutsbesitzer aus dem Gouvernement Plock zu je 1 Jahr Kerker verurtheilt, weil sie ohne behördliche Erlaubnis Bauernkinder unterrichteten.

Solche Vorkommnisse lassen die Zustände in Rußland noch schlimmer erscheinen, als wenn die Verhaftungen wegen Verschwörungen und Attentate vorgenommen wären.

Uebrigens berichtet der Petersburger Korrespondent des „Standard“, daß die jüngsten in Polen stattgefundenen Verhaftungen beinahe 300 betragen. Die Hälfte derselben wurde durch das Lehren der polnischen Sprache in geheimen Schulen veranlaßt.

Aus Krakau geht der „Vossischen Zeitung“ folgende telegraphische Mittheilung zu:

Nach Warschauer Berichten wurden von 155 Verhafteten 80 enthaftet. Ferner, darunter zwei Juristen, wurden auf administrativem Wege ins Janere Rußlands geschickt. Ueber Judenverfolgungen in den Gouvernements Pensa und Saratow verläutet, daß als Vorwand hierzu das Gerücht von massenhafter Anhäufung von Getreide durch die Juden diene. In Sibirien wurden gegen hundert Häuser zerstört, mehrere Personen getödtet und verwundet. Der Versuch, in Saransk ein jüdisches Bankhaus in die Luft zu sprengen, mißlang.

Die russischen Blätter müssen schweigen; aber Alles, was in die Öffentlichkeit bringt, läßt auf baldigen Ausbruch umfassender Unruhen schließen. —

Der russische Etat für das Jahr 1892 ist auf 865 803 066 Rubel Ausgabe und 891 034 691 Rubel Einnahmen festgestellt; es ist also ein Defizit von 74 268 375 M. vorhanden, das durch Anleihen zu decken ist.

Von den Ausgaben fallen allein 247 824 688 Rubel auf Zahlungen für Anleihen und 808 929 865 auf Militär-

Ausgaben, wenn man denselben nicht noch die Ausgaben für den Bau von Eisenbahnen und Häfen, die Militärzwecke zu dienen haben, zuzählen will.

Mit den Einnahmen dürfte es in diesem Jahre bei dem allgemeinen Nothstand doch auch noch einen großen Faden haben. Wenn unter gegenwärtigen Verhältnissen noch Jemand die Stirn hat, das deutsche Publikum für russische Anleihen zu gewinnen, dann stellt er sich mit den Depositenmarkern der jüngsten Zeit auf eine vollständig gleiche Stufe. —

Böhsheit? Oder Unwissenheit? Oder Beides?
In verschiedenen nationalliberalen Blättern finden wir bezüglich der „anarchistischen“ Jagd- und Telegraphengeschichte aus Spanien folgende, wahrscheinlich der „Nationalliberalen Correspondenz“ entnommene Notiz:

Die Anarchistenputsche in Spanien (Xeres) konnten für den, welcher die That in das anarchische Fahrwasser hinübergehende sozialistische Bewegung in diesem Lande verfolgt hat, nicht überraschend kommen. Die Bewegung ist erst neueren Datums, jedoch wird die Organisation als eine sehr umfassende bezeichnet. Das Haupt der spanischen Partei ist Iglesias und der Hauptstich der spanischen Sozialdemokratie dürfte Barcelona sein. Ein deutscher Sozialdemokrat, der sich in Spanien aufhielt, um „Land und Leute kennen zu lernen“, hat dem „Vorwärts“ geschrieben: „Es ist mir wirklich eine Freude, wie in diesem zurückgebliebenen Lande die Arbeiterklasse ganz vom kosmopolitischen Geiste erfüllt ist.“ Dieser Sozialdemokrat, der von den spanischen Sozialisten geradezu mit Enthusiasmus aufgenommen wurde, hat auch wiederholte Unterredungen mit Iglesias gehabt und sich von demselben über die Bewegung in Spanien unterrichten lassen. Iglesias und seine Freunde haben ihre Agitation in aufregendster Weise betrieben, und da ist es kein Wunder, daß bei den leicht erregten Spaniern es zu einem förmlichen Angriff anarchistischer Banden gegen die Stadt Xeres kommen konnte.“

Der Telegraph hatte von einem „anarchistischen“ Putsch gesprochen — und obendrein in sehr nebelhaften Ausdrücken — der nationalliberale Wochenspiegel sagt sofort: „Die Anarchistenputsche in Spanien“, also mehrere Putschche.

Und dann soll Iglesias, das Haupt der spanischen Partei, welche die Putschche macht, das heißt, der Anarchisten, sein! Nun weiß aber jeder Genosse und Jeder sonst, der unsere Bewegung kennt, daß Iglesias der entscheidende Gegner der Anarchisten ist. Und da thut dieses nationalliberale Falschmännerwort noch, als ob es die „sozialistische Bewegung“ in Spanien „verfolgt“ hätte!

Inzwischen sind nähere Nachrichten über die „Affäre von Cadix“ eingelaufen. Ein „Putsch“ war's allerdings, natürlich kein „anarchistischer“, wenn auch ein Vorkommniß, das sich nur aus der in Spanien thatsächlich herrschenden Anarchie erklärt. Bauernhaufen aus der Umgegend drangen in die Stadt und konnten ein paar Stunden lang frei in der Stadt walten — bis Militär kam. Es scheint eben dort Alles aus Stand und Band zu sein. Die spanischen Bauern leben im größten Elend, und daß sie Verzweiflungstreiche begehen, ist nicht zum Verwundern — aus Rußland hören wir ja Aehnliches. Die Frage ist nur, ob es sich in Andalusien um eine bloß lokale oder um eine weiter ausgebreitete Erhebung handelt. Darüber laßter die vorliegenden, sehr dürftigen Nachrichten uns noch im Dunkeln. —

Korrespondenzen und Parteinachrichten.

Der Parteitag der Sozialdemokratie Hessens, welcher am 10. Januar in Friedberg zusammentrat, gestaltete sich zu einer imposanten Manifestation des arbeitenden Volkes, denn der Besuch war härter als je; die Präferenzliste ergab 78 Delegirte für 116 Orte. Nach dem halbjährigen Kasernenbericht des Landeskomitees stellte sich die Einnahme auf 426 M. 40 Pf., die Ausgabe auf 320 M. 25 Pf., so daß ein Kasernenstand von 106 M. 15 Pf. verblieb. Der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Reform der Verwaltungsgesehe, führte nach einem trefflichen Referat Ulrichs zu einer lebhaften Debatte, deren Ausgangspunkt die einstimmige Annahme einer Resolution war, in welcher der Parteitag gegen die reaktionären, durch die Zeit überlebten Bestimmungen der Provinzial-, Kreis-, Städte- und Landgemeinde-Ordnung, sowie gegen die regierungswidrig belästigten freizeithilflichen Abänderungen derselben energisch protestirte und die sozialdemokratischen Abgeordneten der hessischen Kammer beauftragte, für Abänderungen in freibildlichem Sinne und zwar auf der Basis unseres Parteiprogramms entschieden einzutreten. Ferner wurde das Landeskomitee beauftragt, im Verein mit den Abgeordneten eine billige Broschüre zur Verbreitung zu bringen, in welcher unsere Stellungnahme zu den Verwaltungsgesehen in leicht faßlicher Weise dargelegt wird. Ueber den dritten Punkt, „die nächsten Landtags-Wahlen“, referirte Genosse Müller-Darmstadt. Nach kurzer Debatte wurde die frühzeitige Stellungnahme zu den Wahlen mit Freuden begrüßt und dem Landeskomitee aufgegeben, in den für uns günstigen Kreisen im Verein mit den dortigen Genossen die Vordereitungen zu treffen und der nächsten Konferenz Bericht zu erstatten. Sieben Wahlkreise würden vorläufig zur Agitation in Aussicht genommen. Die Verhandlung über den Punkt: „Organisation und Presse“ beschränkte sich auf ein instruktives Referat Jöh's, da aus diesem die Delegirten nach jeder Richtung hin Klarheit darüber gewannen, in welcher Weise sie für die Zukunft auf diesem Gebiete zu wirken haben. Nachdem noch auf Antrag der Offenbacher Genossen beschloffen worden war, das Landeskomitee bis zur nächsten Konferenz in Diensten zu lassen, wurde der Parteitag mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Reichlicher Aneberkung bedarf die im Wahlverein zu Hannover angeregte Frage, ob es nicht im Interesse unserer Partei liege, daß alle mit der Arbeiterbewegung in Zusammenhang stehenden wichtigen Gerichts-erkennnisse vom Parteivorstande in Broschürenform herausgegeben und wenn es möglich, gratis an die Vorstehenden von Arbeitervereinen und an die Vertrauensmänner verabsolgt würden. Manche Unannehmlichkeiten und Kosten würden erspart und manche Klage würde zu Gunsten unserer Genossen, die nicht immer im Stande sind, gegen das Urtheil der ersten Instanz Berufung einzulegen, ausgeschoben werden, wenn sie sich bei der Verhandlung auf das Urtheil eines Gerichtshofes berufen können. Auch mancher Gastwirth würde sein Lokal eher zu Versammlungen hergeben, wenn er wüßte, daß er der Polizei gegenüber auch Rechte habe und welche Rechte. Würden namentlich die in der Bewegung thätigen Genossen im Besitz dieser Broschüre sein, dann würden sie nicht so hilflos und rathlos etwaigen Strafmandaten gegenüberstehen, als dies vielfach noch heute, namentlich in der Provinz der Fall sei. Der betreffende Redner, Genosse Paul, hoffte, daß auch die Genossen in der Provinz zu dieser Frage Stellung nehmen. In der Diskussion wurde noch hervorgehoben, daß in den größeren Städten sich diesem Mangel theilweise durch

ein von Arbeitern eingerichtetes Auskunftsbureau abhelfen lasse, das sei aber nicht auf dem Lande der Fall; alle Redner aber waren darin einig, daß ein solches Büchlein für die Arbeiter von großem Werthe sei. Wenn auch die Parteipresse derartige Gerichtskenntnisse mit Angabe des Datums, des Ortes und der Instanz veröffentlichen, so können doch diese Erkenntnisse, auch wenn die Arbeiter sich dieselben ausschneiden, zumellen abhandeln; auch schon aus diesem Grunde sei das Erscheinen eines solchen Büchleins wünschenswerth.

Zur Agitation. Am vergangenen Sonntag wurde in den Dörfern des gesammten westhaveländischen Kreises eine für die Landbevölkerung besonders geeignete Broschüre verbreitet, welche nach der Ansicht unserer Brandenburger Parteigenossen sicher guten Erfolg haben wird.

Das neue Würzburger Parteiblatt „Unterfränkische Volkstribüne“ hat infolge der thätigsten Agitation unserer Parteigenossen bereits über 900 Abonnenten.

Der Stuttgarter Gemeinderath hat den Protest der Sozialdemokratie gegen die Gültigkeit der Wahl des jetzigen Bürgerausschusses abgewiesen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Erfurt hatte der Vertrauensmann Böhm während der Sitzungen des Parteitagess sowie während einer Volkversammlung ein Eintrittsgeld erhoben. Deshalb verurtheilte ihn die Erfurter Polizei zu 20 bez. 5 M. Geldstrafe wegen Veranlassung einer nicht genehmigten Kollekte. Das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung und legte alle Kosten der Staatskasse zur Last.

Der Redakteur Ewald von der „Brandenburger Zeitung“ hat am Montag eine 14tägige Gefängnisstrafe im Brandenburger Amtsgerichts-Gefängnis angetreten.

Die Untersuchungsgehaft gegen Genossen Peus dauert immer noch fort, wiewohl am 24. Dezember bereits die Voruntersuchung geschlossen ist. Erste gesetzliche Voraussetzung zur Verhängung einer Haft ist die, daß der Thäter der That „dringend verdächtig“ ist. Ist Genosse Peus in der That der Verbrechen und Vergehen des Hochverrats und Majestätsbeleidigung, wozu er hinter Schloß und Riegel sitzen muß, so dringend verdächtig, so ist geradezu unerklärlich, weshalb die Anklage noch immer nicht erhoben ist. Die Anträge des Genossen Peus auf Haftentlassung sind abgelehnt, wiewohl Frau Peus entbunden und infolge der Entbindung schwer erkrankt ist. Das Gericht nimmt mit der Staatsanwaltschaft an, daß Fluchtverdacht vorliege, weil dem Genossen eine Magdeburger Richtersprüche entsprechende — also sehr hohe — Strafe droht. Genosse Stadthagen hat nunmehr auf Wunsch des Angeklagten die Vertretung übernommen und ist der Ansicht, daß es ein juristisches Kunststück sei, in den harmlosen Worten des Genossen Peus etwas Strafbares zu finden. Zum großen Erstaunen Stadthagens sind Peus Beschränkungen der persönlichen Freiheit auferlegt, die dem Zwecke der Untersuchungsgehaft und dem Gesetze durchaus nicht entsprechen. Die Untersuchungsgehaft soll keine Strafe sein; sie hat nur den Zweck, die Flucht des Untersuchungsgefangenen zu verhüten und Verdunkelung des Thatbestandes zu verhindern. Jede weitere Beschränkung wird in allen Kulturstaaten als eine geistige Tortur angesehen. Peus ist selbst die Lektüre von Tolstoi's: „Wozin besteht mein Glaube?“ verwehrt! Die geistige Beschäftigung wird ihm dadurch beinahe unmöglich gemacht, daß ihm sofort nach Beschreibung eines Bogens derselbe entzogen und er dadurch gehindert wird, längere, zusammenhängende Artikel zu schreiben. Das Peus' baldige Freilassung durchgesetzt werden kann, erhofft sein Verteidiger nicht. Die nöthigen Schritte zur Befreiung der weitergehenden Beschränkung der persönlichen Freiheit des Angeklagten, sowie zur Befreiung des Verfahrens hat der Verteidiger geihan. Voraussetzlich wird die Behandlung des Genossen Peus Gegenstand einer Besprechung im Reichstage werden.

Soziale Ueberblick.

Herr Ernst Ansel, Vorsitzender des Verbandes der Handeschuhmacher Deutschlands, schreibt uns auf die der „Volkswacht“ entnommene Mittheilung, wonach zwei streikende Handeschuhmacher aus Friedrichshagen (darunter der Handeschuh-Dressireur Anger), in einer gesperrten Fabrik in Pannau in Schlesien in Arbeit getreten sein sollten, daß diese Nachricht insoweit irrtümlich sei, als es in Pannau während des Kohlampfes geschlossene Fabriken nicht gegeben habe und auch jetzt keine der Pannauer Fabriken als gesperrt gelte.

Gleiches geht ferner aus einer Zuschrift des Pannauer Verfassers der irrtümlichen Notiz hervor.

Die Nürnberg'schen Buchdruckergehilfen haben unter Hinweis auf die Maßregeln der preussischen Regierung gegen den Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker und unter Bezugnahme auf die Ausschließlichkeit eines ferneren Widerstandes in Nürnberg den Ausstand für beendet erklärt. Von einer Nichtannahme unabhängigen Personals, von welcher auswärtige Blätter berichteten, ist nach der „Frank. Tagespost“ in Nürnberg nichts bekannt.

Auch die deutschen Arbeiter Londons haben für die streikenden deutschen Buchdrucker eine Unterstützungskommission eingesetzt.

Die Arbeitslosen Magdeburgs hielten wiederum eine Versammlung ab. In derselben wurde berichtet, daß der Oberbürgermeister das im Auftrag einer früheren Versammlung von der Deputation gestellte Gesuch, den Stundenlohn für die untergebrachten Arbeitslosen von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen, abgeschlagen hat. Die Schilderung der Abgeordneten, wie weit das Elend und die Noth schon um sich gegriffen haben, daß zum Beispiel verheirathete Frauen sich der Prostitution ergeben, um sich und ihren Kindern Brod zu schaffen, daß Eltern ihre Kinder betteln schicken, um sich selbst dadurch dem strafenden Arm zu entziehen, hatte, nach dem Bericht der Magdeburger „Volkstimme“, nur ein Achselzucken des Herrn Voetischer zum Erfolg. Auf die Mittheilung, daß einer von den auf der Nordfront Beschäftigten vor Hunger bei der Arbeit umgefallen ist, erwiderte der Bürgermeister, dies zu untersuchen. „Ich habe bereits“, sagte er, „mit einigen Unternehmern unterhandelt und dieselben verpflichtet, nur Arbeiter einzustellen, welche ihnen vom Magistrat zugewiesen werden, da ist es möglich, daß fleißige Arbeiter 2,10 M. den Tag verdienen. Die Arbeiter werden sich dann wohl fühlen, vom Magistrat Arbeit erhalten zu haben.“ Der Herr Bürgermeister erklärte dann, ferner nicht mehr mit einer Deputation der Arbeitslosen zu unterhandeln. Wenn die Arbeitslosen noch Wünsche hätten, so sollten sie dieselben schriftlich bei ihm einreichen. Hiermit war die Deputation entlassen. Die Arbeitslosen beschloßen nach eingehender Diskussion, in allerneuester Zeit wieder eine Versammlung einzuberufen und hierzu das gesammte Stadtverordneten-Kollegium einzuladen. Diese Versammlung soll definitiv darüber beschließen, wie die Arbeitslosen sich zu dem Arbeitsverhältnis bei der Nordfront stellen. Einstimmig protestirten dann die Arbeitslosen in einer Resolution entschieden gegen das System, den Unternehmern die Abdrückung der Nordfront zur Weitergabe an die Arbeitslosen zu vergeben, denn durch dieses System sei bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit der Ausbeutung durch die Unternehmer der größte Spielraum gewährt; auch erklärte die Versammlung, daß unter 30 Pf. pro Stunde nicht gearbeitet werden könne. —

Theater.

Mittwoch, den 13. Januar.
Spernhaus. Cavalleria rusticana. Die Verlobung bei der Laterne. Coppelia.
Schauspielhaus. Der zerbrochene Krug. Der eingebildete Kranke.
Lesing-Theater. Das vierte Gebot. Cavalleria rusticana.
Deutsches Theater. Doktor Maud.
Berliner Theater. Der Hüttenbesitzer.
Residenz-Theater. Madame Monodin. Vorher: Rodebazar Violet.
Wallner-Theater. König Krause.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Mikado.
Thomas-Theater. Luftschlöffer.
Sallealliance-Theater. Der ledige Hof.
Ostend-Theater. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Adolph Ernst-Theater. Der Langtiefel.
Alexanderplatz-Theater. Schwarze Brüder.
Fernpalast. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebäude Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Bonkordia-Palast-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunemann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.

Carlstraße.
 Mittwoch, den 13. Januar 1892.
 Abds. 7 1/4 Uhr: „Auf Helgoland“ oder Ebbe und Fluth. Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzüge u. Ferner Dampf-Schiff- und Bootfahrten, Wasserfälle, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. sowie neue Arrangements vom Direktor E. Renz. Außerdem: Great Steeple Chase von 8 engl. Vollblut-Springpferden, dress. und vorgef. von Herrn Franz Renz. Johanner geritten v. d. Schulkreierin Fräulein Oceana Renz. Contredanse, ger. v. 9 Herren. The 3 Eltons, Akrobaten. Mlle. Therosina auf dem 20 Fuß hohen Drahtseil. Auftreten der vorzüglichsten Reitkünstlerinnen u. Reitkünstler. Komische Entrees von sämtlichen Klowens u. Täglich: Auf Helgoland.
 Sonntag 2 Vorstellungen. Nachm. (1 Kind frei.) Auf wiesl. Verlangen Amor in der Küche. Abends 7 1/2 Uhr Auf Helgoland.
 E. Renz, Direktor.

Berliner Buchdrucker!!

Morgen, Donnerstag, den 14. Januar ds. Js.,
 Abends 7/8 Uhr:

Allgem. Buchdrucker-Versammlung

mit Hilfsarbeitern und Hilfsarbeiterinnen
 im großen Saale der Berliner Bock-Brauerei,
 am Tempelhofer Berg.

Tages-Ordnung:

148/19

1. Bericht über die gegenwärtige Situation.
2. Verschiedenes.

Sämtliche Kollegen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind hierzu eingeladen.
Der Einberufer.

Circus G. Schumann.

Friedrich-Karl-Platz, Ecke Carlstr.
 Mittwoch, 13. Januar, Nachmittags 3 1/2 Uhr: Extra arrangirte Schüler- und Kinder-Vorstellung. Letztes Auftreten der Colibri-Truppe in ihren vorzüglichen Leistungen. Siletpreise: Loge 1 M. 50 Pf., Sperrsitze u. Tribüne 1 M. für Kinder. I. Platz 60 Pf., II. Platz 40 Pf., III. Platz 20 Pf.
 Abends 7 1/2 Uhr: Grosse Brillant-Vorstellung mit neuem vorzüglichem gewähltem Programm. **Unwiderruflich!** Abschlus-Debut der beliebten Colibri-Truppe. Zum Schluss der Vorstellung: „M. W.“, oder Berliner Kinder im Sommer und im Winter. Große Wasser- und Feuer-Pantomime mit großartiger Ausstattung und sensationellen Wasser- und Feuer-Effekten.
 Morgen: Große Vorstellung. Neues Programm. Zum Schluss: „M. W.“

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter.

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 11./1. 92, werden vom Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter Listen zu Sammlungen für die streikenden Buchdrucker, Handschuhmacher und Weißgerber ausgegeben. Listen sind abzugeben täglich Abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, Raumstr. 78, bei Rohr und Straußmunderstr. 11 bei Koll. Lehr. 435/5. Der Vorstand.

Malter und Anstreicher!

Öffentliche Versammlung
 am Donnerstag, den 14. Januar ds. Js., Abends 8 Uhr, in Deigmüller's Saal, Alte Jakobstrasse 48 a.
 Tagesordnung:
 1. Der Gesch.-Entwurf, betreffend die Gewerbe-Schiedsgerichte. Referent Genosse Ch. Mehner. 2. Verschiedenes.
 Der Vertrauensmann.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Malter

(Eing. fr. Hilfskasse Nr. 71, Sitz Hamburg) Berlin W., Bülowsplatz IV.
Versammlung
 am Mittwoch, 13. Jan., Ab. präz. 8 Uhr, im Rest. Hammerle, Balowstr. 59.
 Tagesordnung:
 1. Kasienbericht. 2. Wahl der örtlichen Verwaltung. 3. Verschiedenes.

Fachverein der Holz- und Bretterträger Berlins u. Umg.

Donnerstag, 14. Januar, Ab. 7 1/2 Uhr, in Hoffmann's Festsaal, Oranienstrasse 180, Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1891. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Gäste sind willkommen.
 Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.
 Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Versammlung die Mitglieder-Billets ausgegeben werden. 173/9

Orts-Krankenkasse d. Stein-drucker u. Lithographen.

Am 10. Januar cr. verstarb unser Mitglied, der Stein-drucker Herr Albert Heine.
 Die Beerdigung findet am 13. d. M., Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des alten Sophientrichhofes, Bergstraße, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand. 942b)

Deutscher Schneider u. Schneiderinnen-Verb.

Ende Januar beginnt ein neuer **Zuschneiderskurs** und wollen Mitglieder, welche hieran theilzunehmen gewillt sind, sich melden im Zentral-Arbeitsnachweis-Bureau, Markgrafenstrasse 88; geöffnet von 8—1 Uhr.

Bereinigung aller in der Schmiederei besch. Berf.

(Zahlstelle Berlin.)
 Sonnabend, den 16. Januar:
Großer Wiener Maskenball
 in der Brauerei Friedrichshain.
 Am 12 Uhr: Großer Festzug und Demaskierung. Die Gallmusik wird von 2 Kapellen ausgeführt. Anfang 8 1/2 Uhr. Freunde und Kollegen sind hiermit eingeladen. — Billets à 50 Pf. sind in allen Zahlstellen zu haben.
 Das Komitee.
 Vereinszimmer, 15 u. 50 Pers. | Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
 saff. zu vergeb. Flick, Simonstr. 23. | Andreassr. 235. v.

Künstliche Zähne

à Zahn 2 Mark
 2b Reinickendorferstr. 2b. 1779L

Krankheits halber

ist ein Maskengarderoben-Geschäft sehr preiswerth zu verkaufen. (934b) Näh. Galleisches Ufer 23, b. Portier.

Gratweil'sche Bierhallen.
 Kommandantenstr. 77—79.
 Heute sowie täglich:
 Auftreten der **Hamburger Gaudebrüder**
 Konzert- und Komplettsänger.
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.
 Empfehle meinen berühmten Mittagstisch à la Duval. 3 Regeldampfen 6 Billards, 2 Säle. 1169L.

Stabliement Buggenhagen

am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion A. Ködman.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Großer Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Anschank von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 F. Müller.

Castan's Panopticum

Friedrichstr. 166a, Ecke Behrenstr.
Neu: Colossal-Gruppe Bauern-Aufstand!
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
 Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

Passage-Panopticum. Neu: Die Sündflut
 mit Donner, Blitz, Regen und Windstößen etc.

Viel neue Spezialitäten.
La belle Irene,
 die tätowirte Amerikanerin in Präscher's anatomischem Museum
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr. Täglich für erwachsene Herren.
 Dienstag und Freitag für **Damen.**

Tanzinstitut Wolf,
 Adalbertstraße 8. (1091L)
 Täglich Lehrkurse. Verschiedene Abtheilungen. Privat-Unterricht zu jeder Tageszeit. Empfiehlt sich den Vereinen als Arrangeur zu Festlichkeiten u.

Gesunden billigen Mittagstisch. Gut zubereitete Gemüse, Mehl-, Milch- und Eiergerichte bietet das **Vegetarische Speischaus** von J. Schramm,
 Chausseestraße 13, 1 Tr.

Empfehle den Vereinen und Genossen meine Saaldekoration mit Fahnen, Bannern und großer Laffalle-Wäse zu jeder Festlichkeit. **Otto Krendl,**
 Friedensstr. 78, part. 1855L

Eine vollständige Restaurations-Einrichtung, sowie Billard, doppelter Bierapparat ist sofort zu verkaufen bei **Adolf Fischöder,**
 Rummelsburg bei Berlin, Schillerstraße 14, III. 9286)

Ein gut erhaltener **Vereins-schrank** wird zu kaufen gesucht. 407/8
 Meldungen Zentral-Arbeitsnachweis der Schneider, Markgrafenstraße 88, von 8—1 Uhr.

Neuestes Genuss- und Volks-Nährmittel

für alle Kreise von höchster Wichtigkeit.

Kathreiner's Kneipp-Malz-Caffee

mit Geschmack und Aroma des **echten** Bohnencaffee.

Patent in allen Staaten angemeldet — in mehreren Ländern schon ertheilt.

Nicht zu verwechseln mit gebrannter Gerste, gebranntem Malz oder allen anderen Fabrikaten ähnlichen Namens.

Bohnencaffee ist ein theures und nervenerregendes Getränk und **braucht** deshalb **Zusatz.**

Kathreiner's Kneipp-Malz-Caffee ist der beste, wohl-

schmeckendste und gesündeste Caffeezusatz,

außerdem der **billigste**, weil er dem Bohnencaffee bis zur Hälfte ohne Nachtheil für dessen Geschmack zugesetzt werden kann.

Reiner Malzcaffee ist ein vorzügliches Getränk besonders für Frauen, Kinder, Blutarmer, Nervenleidende etc.

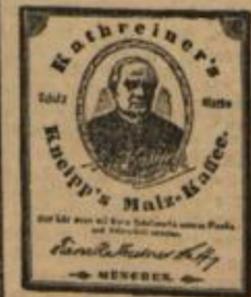
Hauptsache richtige Zubereitung: die Körner mahlen und mindestens 5 Minuten kochen.

Wird **niemals lose** verkauft, sondern **nur in Original-Packeten** mit nebenstehender Schutzmarke.

Verkaufs-Preis: 45 Pfennig 1 Pfundpaket = 1/2 Kilo.
 25 „ 1/2 „ = 1/4 „
 10 „ 1 Probepaket à ca. 100 Gramm.

Zu beziehen durch Colonialwaaren- und Drogen-Handlungen.

Kathreiner's Malzcaffee-fabriken
 Berlin — München — Wien.



Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

145. Sitzung vom 12. Januar 1892, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesraths Graf von Caprivi, von Bütticher, von Marschall u. a.

Präsident von Levetzow begrüßt die Mitglieder des Reichstages zum neuen Jahr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Reichshaushalts-Gesetzes für 1892/93.

Zum Etat des Reichstages liegt der Antrag des Abg. **Vaumbach** vor: Den Bundesrath zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung Art. 92 in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstages aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.

Abg. Vaumbach: Der von der freisinnigen und Volkspartei eingebrachte Antrag ist kein neuer, er kann in der nächsten Zeit sein fünfundzwanzigjähriges Jubiläum feiern. Er ist vor 25 Jahren schon einmal angenommen worden, aber Fürst Bismarck hat ihn bekämpft; er machte das Zustandekommen der Verfassung abhängig von der Verweigerung der Diäten. Die damals für Diäten geltend gemachten Gründe sprechen auch heute noch dafür. Es hat sich gezeigt, daß die Sessionen sich nicht verlängern, daß die Berufsparlamentarier, die dem Fürsten Bismarck ein Dorn im Auge waren, nicht das Uebergewicht haben. Uebrigens ist ein Berufsparlamentarier, der immer den Verhandlungen beiwohnt, immer noch besser als ein Abgeordneter honoris causa, der immer in der Ferne weilt. (Heiterkeit.) Die Diätenlosigkeit hat gerade dazu geführt, daß immer mehr Berufsparlamentarier und Zeitungsschreiber gewählt worden sind, weil kein Privatmann bereit war, ein Mandat zu übernehmen. Als ein konservatives Gegengewicht gegen das demokratische allgemeine Stimmrecht hat sich die Diätenlosigkeit auch nicht erwiesen. Uebrigens wäre ein Korrektiv doch nur notwendig für eine fehlerhafte Sache. Das allgemeine Stimmrecht ist aber nicht fehlerhaft, denn es bringt den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staatsangehörigen allein im vollen Maße zum Ausdruck. Freilich hat der frühere Minister von Puttkamer einmal eine Abänderung des allgemeinen Stimmrechts für notwendig erklärt, aber es würde sich wohl jeder, der eine solche Aenderung beantragen würde, politisch umdrehen lassen. Die Opposition ist auch nicht unterdrückt worden durch die Diätenlosigkeit. Was ist es denn überhaupt für ein Unglück, wenn ein Mann wie Graf Kanitz einmal aus Ueberzeugung Opposition macht? Das ist die Pflicht eines politischen Mannes in gewissen Fällen. Es ist nur schade, daß man unsere Opposition nicht immer unter diesem Gesichtspunkt betrachtet hat. Die Sozialdemokraten sind auch wohl manchmal der Meinung, daß die „gefälligen Erfindungen“ weniger schnell vorwärts gehen, als diejenigen, welche sich nicht im Besitze befinden. Herr Bebel hat Herrn von Vollmar eine darauf bezügliche Vorhaltung gemacht. Die Sozialdemokraten haben es aber dahin gebracht, daß sie beinahe drei Tausend Abgeordnete haben, die einmal der Reichskanzler Fürst von Bismarck ihnen gönnte. Sie zahlen geringe Diäten; man kann ja darüber sprechen, denn der neue Reichskanzler wird wohl nicht veraltete Paragraphen des Landrechts herausuchen, um ihnen den Gewinn zu entreißen. Man soll die Verfassung nicht leichtfertig ändern. Aber hat man nicht die Verfassung geändert bezüglich der Dauer der Legislaturperiode und liegt nicht jetzt vor eine Aenderung bezüglich der Immunität der Abgeordneten? Ist nicht die Gewährung freier Fahrt auf den Eisenbahnen, wenn sie auch jetzt sehr eingeschränkt ist, eine Durchbrechung der Diätenlosigkeit? Das Ansehen eines diätenlosen Abgeordneten soll ein größeres sein; ist das Ansehen eines Mitgliedes des preussischen Abgeordnetenhauses ein geringeres als das eines Reichstags-Mitgliedes? Die Gewährung von Diäten würde vielleicht dahin führen, daß die Vertreter des Mittelstandes, auch die kleineren Landwirthe hier mehr vertreten wären. Selbst bei den Sozialdemokraten stellt sich heraus, daß unter denselben sehr wenige Arbeiter, aber sehr viele Schriftsteller, Redakteure, Journalisten u. s. w. vorhanden sind, weil Arbeiter ohne Diäten die Last eines Mandats nicht übernehmen können. Wie stellt sich der neue Reichskanzler zu dieser Frage? Wird er die Konsequenz des allgemeinen Stimmrechts ziehen? Die Bewilligung von Diäten würde eine Stärkung des Reiches, nicht bloß des Parlaments bedeuten, denn der Reichstag vertritt neben dem Kaiser die Idee des Reiches; eine Stärkung des Reichstages würde auch eine Stärkung des Reiches sein. (Beifall links.)

Abg. Haberland (B.) schließt sich dem Antrage vollständig an. Die Kapitalisten können ohne Diäten im Reichstag sitzen; sie beziehen ihre Zinsen weiter; ebenso die Beamten, deren Gehalt weitergeht. Aber der kleine Geschäftsmann, dessen Kenntnisse des praktischen Lebens gerade zu brauchen wären im Reichstage, muß sich von dieser Stellung fern halten, weil sie von ihm zu große Opfer fordern würden.

Abg. v. Bennigsen: Wie ich annehme, wird die Mehrheit meiner politischen Freunde sich wie auch früher für den Antrag aussprechen; die Gründe liegen darin, daß bei der Gewährung von Diäten die Auswahl der Kandidaten eine leichtere ist, daß ferner die Diäten die Befähigung besser garantiren. Wenn ein Theil meiner Freunde gegen den Antrag stimmt, so liegt das einmal an finanziellen Erwägungen, ferner daran, daß diese Verfassungsänderung nicht für sich allein betrachtet werden kann. Die Diätenlosigkeit ist als Korrektiv des allgemeinen Stimmrechts angenommen worden, deshalb liegt es nahe, die Frage des Stimmrechts ebenfalls in Erwägung zu ziehen. Deshalb stimmt ein Theil meiner Freunde gegen den Antrag.

Abg. Graf Vehr (Reichsp.): Der Antrag ist nicht neu, ebenso wenig sind die Gründe und Gegenstände neu. Deshalb kann ich mich darauf beschränken, zu erklären, daß meine Freunde wie früher gegen den Antrag stimmen werden.

Abg. von Hellendorff (H.): Eine Beratung meiner Freunde hat nicht stattgefunden; ich glaube aber, daß meine Freunde wie früher gegen den Antrag stimmen werden. Ich erwarte von den Diäten keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Reichstages. Ich habe die Empfindung, daß wir hier einen höheren Standpunkt einnehmen als die Parlamente, welche Diäten beziehen. Nicht kleinliche Interessen führen uns hier zusammen, sondern höhere geistige Interessen, die auch allein maßgebend sein sollten. Praktisch wirkt die Zahlung der Diäten dahin, daß sich die Konkurrenz um die Mandate verstärkt; ich wünsche aber, daß möglichst wenig Berufsparlamentarier hier sitzen. Die Korrektur gegen die schlechte Besetzung des Hauses müssen wir suchen in unserer Geschäftsordnung und in der besseren sachlicheren Gestaltung unserer Debatten, welche dieselben abkürzen. Das allgemeine Wahlrecht zieht das Niveau der Diskussion herunter, weil es zwingt, sich an den Verstand der großen Masse zu wenden; bei allen Parteien hat sich diese schlechte Wirkung bemerkbar gemacht; deshalb ist es zweckmäßig im Interesse des Parlaments den Antrag abzulehnen.

Abg. Lieber (Zentr.) schließt sich den früheren Erklärungen der Führer des Zentrums für die Gewährung von Diäten an und widerspricht dem Herrn von Hellendorff, welcher meint, daß durch die Gewährung der Diäten das Ansehen des Reichstages geschädigt würde. Herr v. Hellendorff scheint nur einen kleinen Theil des deutschen Volks zu kennen. Redner verwahrt sich auch als Mit-

glied des preussischen Abgeordnetenhauses dagegen, daß dieses niedriger steht als der Reichstag. (Zustimmung links.) Das allgemeine Wahlrecht wird dadurch erst recht zur Wahrheit, daß wir den Kreis der zu Wählenden möglichst erweitern. Es mag sein, daß der eine oder der andere der Herren hier nicht mehr erscheint (Zustimmung links); aber darauf kann es nicht ankommen, wenn dafür ein Würdigerer erscheint. Nicht das allgemeine Wahlrecht hat den Ton der öffentlichen Diskussion herabgestimmt, sondern das muß offen ausgesprochen werden, daß war der frühere Kanzler des Deutschen Reichs. (Lebhafte Zustimmung links.) Ist die Wahlagitation bei den diätenbegabten Landtagen etwa weniger roh und unwürdig, als die Reichstags-Wahlagitation? Hoffentlich wird der neue Kurs der Regierung endlich einmal die Bemerkung verschwinden machen aus den Akten des Reichstages: Der Bundesrath hat den Beschluß für die Diäten abgelehnt. (Zustimmung links und im Centrum.)

Abg. Bebel: Ueber diese Frage sollte eigentlich gar nicht mehr debattirt, sondern einfach dekretirt werden. Ueberall werden den Abgeordneten Diäten gezahlt, in den Landtagen, Provinzialvertretungen, ja sogar in den Kreisaußschüssen. In dem konstituirtenden Reichstage zahlten die meisten Staaten ihren gewählten Vertretern Diäten, mit Ausnahme von Preußen und Neuchâtel. Nur Fürst Bismarck setzte durch, daß die Diätenzahlung nicht in die Verfassung kam. Es wurde damals auch der Antrag gestellt: Keiner, der ein direktes Staatsamt bekleide, solle ein Mandat annehmen dürfen; dieser Antrag fiel ebenso wie die Diätenbewilligung. Seit jener Zeit sind verschiedene Versuche gemacht worden, die Diäten durchzubringen, sie scheiterten am Widerstande des Bundesraths. Man fürchtete, das rabulische Element würde mit den Diäten in größerer Zahl in den Reichstag eindringen. In Bezug auf die Sozialdemokratie sind jene Belürchtungen nicht eingetreten. Die Diätenlosigkeit hat keinen Sozialdemokraten abgehalten, ein Mandat anzunehmen. Auch in Zukunft wird die Diätenfrage für uns kein Hinderniß sein; wir können heute alle unsere Mitglieder entschädigen, wir könnten sogar den anderen Kollegen Diäten zahlen, wenn es gefordert würde. (Große Heiterkeit.) Nur die bürgerlichen Parteien leiden an der Diätenlosigkeit, weil die Unpersönlichkeit bei ihnen nicht so ausgebildet ist wie bei uns, und ihre Organisation zu wünschen läßt und weil die Herren sich in sozialen Stellungen befinden, wo es unedelhaft ist, Diäten anzunehmen. Die **Abg. v. Hellendorff** und **v. Bennigsen** sagten, die Diätenfrage läge in enger Beziehung zur Frage des Wahlrechts. Wir wissen, daß das allgemeine Wahlrecht nicht aus Liebe gegeben wurde. Vielmehr geschah es, wie Fürst Bismarck sagte, weil man nichts Besseres hatte, weil die Grundlage einer passenden Steuererhebung fehlte. Das allgemeine Wahlrecht hat dem Partikularismus entgegengehandelt, hat das Ansehen des Reichstages erhöht. **Abg. von Hellendorff** hat Recht, wenn er sagt, das Ansehen des Reichstages sei höher als das der übrigen Vertretungs-Körperschaften; aber der Grund hiervon ist nicht derjenige, den er angab, sondern liegt in dem allgemeinen Wahlrecht und in dem Charakter des Reichstages als Vertretung des ganzen deutschen Volkes. Das Ansehen des Reichstages muß sinken, wenn man das Wahlrecht angreift; schafft man es ab, so werden die Massen auf den Weg der Revolution getrieben, denn wenn dieselben keine Hoffnung mehr haben, auf dem Wege einer parlamentarischen Vertretung ihre Zwecke zu erreichen, so werden sie zur Hoffnungslosigkeit, zur Verzweiflung getrieben, weil sie sich sagen, mit diesem Staatswesen ist überhaupt nichts anzufangen; es verdient, je eher je lieber zu Grunde zu gehen. Die Sozialdemokraten werden keinen Schaden von der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts haben. Ich bin namentlich deshalb gegen Vollmar aufgetreten, weil er die Fühlung mit den Massen verloren hatte und deshalb die Bedürfnisse der Massen nicht klar erkannte. Wir vertreten die Interessen der Arbeiter, weil wir Fühlung mit den Massen haben. Und wenn unter uns sozialdemokratischen Abgeordneten keine Arbeiter sind, so ist daran nicht die Diätenlosigkeit schuld, sondern weil ein Arbeiter als Reichstagskandidat national-ökonomisch gemarktet wird. Auch das Sozialistengesetz hat viele gezwungen, aus ihrem Berufe auszutreten; ich selbst würde noch heute Drechlermeister in Leipzig sein, wenn ich nicht ausgewiesen worden wäre. Herr von Bennigsen hält es jetzt nicht für zweckmäßig, eine Verfassungsänderung vorzunehmen; als aber vor vier Jahren die Verlängerung der Legislaturperiode vorgeschlagen wurde, hatte er ein solches Bedenken nicht. Nicht gerade aus Parteinteressen stimmen die Herren gegen die Diäten, sondern aus Klasseninteresse, um die Massen möglichst aus den Vertretungskörpern fernzuhalten. Gerade die Herren, welche sich als Anwälte des kleinen Mannes, des Bauern und Handwerkers hier aufspielen, wünschen eine exklusive Vertretung der bestehenden Klassen. Es ist ihnen natürlich sehr unangenehm, mit den Kandidaten anderer Parteien zu konkurriren und von ihrem Sozialistenschmelz herabzusinken, um auch dem einfachen Mann aus dem Volk ihre Anschauungen zu entwickeln. Ich erkläre aber gerade in dieser politischen Agitation bei den allgemeinen Wahlen ein ungeheures Erziehungs- und Bildungsmittel, und es müßten deshalb möglichst oft Wahlen stattfinden. Man mag über die direkte Gesetzgebung durch das Volk denken, wie man will, jedenfalls ist sie ein ganz außerordentliches Mittel zur politischen Aufklärung. Wenn in dem Empfang von Diäten eine Herabsetzung des Reichstages liegt, warum halten es denn die Mitglieder des Bundesraths mit ihrer Würde für vereinbar, während ihrer Anwesenheit in Berlin sehr hohe Diäten anzunehmen? Oder ist das Ansehen der Monarchen dadurch vermindert worden, daß man in verschiedenen Staaten aus Grund der gestiegenen Lebensmittelpreise die Zivilisten der Monarchen bedeutend erhöht hat? Ich habe nicht gehört, daß die Konservativen im preussischen Abgeordnetenhause gegen die Erhöhung der Zivilisten gestimmt haben. Für uns ist der Ausgab dieser Sache sehr gleichgültig. Frankreich zahlt seinen Volkvertretern jährlich 12 000 Fr. Diäten, giebt ihnen freie Eisenbahnfahrt und daneben noch reiches Buffet, und trotzdem trotz des allgemeinen Stimmrechts haben wir in Frankreich bis jetzt noch nicht die Erfolge erzielt wie in Deutschland. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Werner (Antifem.): Herr v. Hellendorff ist schon verschiedentlich widerlegt worden; es ist begreiflich, daß die Konservativen gegen die Diäten stimmen; unter ihnen giebt es eine große Zahl von Regierungsbeamten, deren Gehalt weiter läuft, denen auch eine unentgeltliche Stellvertretung gewährt wird. Die anderen Reichstags-Abgeordneten müssen diese Kosten selbst tragen. Erhöht es das Ansehen des Hauses beim Volke, wenn der Reichstag immer beschlußunfähig ist? Wenn es für unanständig gehalten wird, Diäten anzunehmen, dann kann man das Geld den Armen geben. Wenn Diäten gezahlt würden, würden auch die Bauern und Handwerker hier vertreten sein. Landräthe und Präsidenten haben für das Bedürfniß der Handwerker und der Bauern gar kein Verstand. Die Landräthe sollten lieber in ihren Kreisen regieren, als hier im Reichstage. Sobald Diäten bewilligt werden, werden die Großgrundbesitzer hier verschwinden. Das wäre sehr gut für den Reichstag. Die Abgeordneten, welche Diäten erhalten, genieße kein geringeres Ansehen als die Reichstags-Abgeordneten. Hoffen wir, daß der

neue Kurs in Bezug auf die Diätenfrage anderer Ansicht ist wie der alte Kurs.

Abg. Stöcker (H.): Ich wollte das nicht unwidersprochen lassen, was Herr Lieber von dem Fürsten Bismarck gesagt hat; ich kann das um so eher, als ich vom Fürsten Bismarck niemals etwas Gutes erfahren habe. Herr Richter hat gemeint, daß Fürst Bismarck mich habe in die Höhe steigen lassen. Ich habe eher Widerstand erfahren beim Fürsten Bismarck; es kann nur in einem Fortschrittskopfe eine solche Meinung wie Herrn Richters entstanden sein. Was an Rohheit dem allgemeinen Wahlrecht anhaftet, das rührt nicht vom Fürsten Bismarck her. Viele werden dem Fürsten Bismarck dankbar sein, daß er manchmal auf einen groben Noth einen groben Keil gesetzt hat und es wird vielleicht wieder einmal nothwendig sein, daß jemand über die Schärfe des Wortes verfügt. (Zustimmung bei den National-Liberalen.) Im übrigen bin ich geneigt, für die Diäten einzutreten, weil ich wünsche, daß die Vertreter des Mittelstandes hier mehr vertreten wären. Das allgemeine Wahlrecht hat etwas unorganisches; unsere Hanfshäute sind durch Sozialdemokraten vertreten; der Seehandel hat hier keine Vertretung. Besser wäre es, wenn der Reichstag so aufgebaut wäre, daß alle Berufsstände vertreten sind. Diesen Gedanken sollten die Regierungen einmal in Erwägung ziehen.

Abg. Lieber (Zentr.): Wenn Herr Stöcker sich so freundlich für die Diäten ausgesprochen hat, so will ich darauf verzichten, auf den groben Noth, daß ich über den Alt-Reichskanzler etwas Unwahres gesagt habe, den groben Keil zu setzen. Bezüglich des Reichskanzlers a. D. und Reichstags-Abgeordneten in absentia will ich nur erinnern, daß er dem Zentrum einen Mordmörder an die Rockschöße hängen wollte, daß er die persönlichen Angriffe als Waffe benutzte... (Präsident v. Levetzow bittet die Angriffe auf einen abwesenden Reichstags-Abgeordneten zu unterlassen.) Ich hätte gewünscht, daß er hier gewesen wäre, um selbst meine Worte zu hören. Ich brauche nur an die Aeußerungen der „Hamburger Nachrichten“ zu erinnern.

Abg. Richter: Ich bleibe dabei, daß Herr Stöcker erst dann eine größere Rolle zu spielen begann, als der Fürst Bismarck den Antisemitismus begünstigte, sonst wäre Herr Stöcker niemals in den Reichstag oder in den Landtag gewählt worden. Als der Kartellgedanke aufkam, mußte Herr Stöcker sich verpflichten, bis zu den Wahlen auf jede politische Thätigkeit zu verzichten. (Präsident v. Levetzow bittet, nicht auf solche Persönlichkeiten einzugehen.)

Abg. Stöcker: Ich weiß nicht, daß Fürst Bismarck sich jemals dem Antisemitismus geneigt gezeigt hätte. Es ist eine Beleidigung meiner Wähler, wenn Herr Richter meint, daß dieselben auf einen Wink der Behörde anders wählen würden, als sie wollen. Durch Einreichung meiner Demission habe ich gezeigt, daß ich meine Ueberzeugung vertrete. Ich habe durch meine zeitweilige Zurückhaltung nur den Beweis geliefert, daß es mit dem Kartell nicht geht. Einen solchen Vorwurf finde ich nicht nobel.

Abg. Richter: Daß Herr Stöcker unter seinen Wählern einen erheblichen Anhang hat, weiß ich; aber dieser Anhang reicht zur Mehrheit nicht aus; Herr Stöcker ist nur auf Krücken anderer Parteien in den Reichstag gekommen. Die Aufrechterhaltung des Kartells hat vom Herrn Stöcker nicht abgehungen. Der abwesende **Abg. Fürst Bismarck** trägt die Hauptschuld an dem Antisemitismus, auf seine wohlwollende Neutralität ist alles Häßliche dieser Bewegung zurückzuführen.

Abg. Stöcker: Meine Person hat für allgemeine politische Verhältnisse keine große Bedeutung, aber für Berlin hatte sie eine gewisse Bedeutung, das beweisen die wachsenden Zahlen meiner Anhänger bei den Reichstagswahlen. Daß Fürst Bismarck an der antisemitischen Bewegung nicht schuld ist zeigt die Ausdehnung dieser Bewegung in jetziger Zeit.

Abg. Richter: Die wachsende Zahl der Anhänger Stöcker's ist nur entstanden aus der Vereinnahmung der National-Liberalen, Konservativen und aller nicht freisinnigen Elemente. Bei den Stadtverordnetenwahlen hat sich das Ausrufen der Berliner Bewegung gezeigt. Die Judenhege wird nur deshalb hervorgerufen, weil die Konservativen sich nicht mehr über Wasser halten können. In Berlin, wo man die Herren kennt, zieht das Stück nicht mehr; nur auf dem Lande, wo man bisher nur National-liberal war, zieht das Schauspiel noch etwas, bis man es auch dort zu langweilig findet.

Abg. Stöcker: Die National-Liberalen zählen in Berlin nicht erheblich, gegenüber den Stadtverordnetenwahlen verweise ich auf die Kirchenwahlen, welche positiv ausgefallen sind. Auf so kleinliche Dinge läßt sich die antisemitische Bewegung nicht; sie ist die Auflehnung gegen die schimpfliche Fremdherrschaft, die wir so lange getragen haben.

Abg. Pöckelmann verwahrt sich dagegen, daß Herr Eugen Richter die Wählermassen so hinfällig beurtheilt.

Abg. Singer: Ich habe die Ueberzeugung, daß die Herren diese Debatten nur anfangen, weil sie Sachliches gegen die Diäten nicht vorzubringen wußten. **Abg. Stöcker** sagte, daß deutsche Volk habe sich dem Antisemitismus zugewandt, um die schimpfliche Fremdherrschaft abzuschütteln. Wäre der Antisemitismus wirklich aus solchen idealen Gründen entstanden, so könnte sich in ihm nicht so viel Rohes und Gemeines zeigen. Ich rede natürlich hier nicht von der Fraktion dieses Hauses. Die Ursachen sind aber in Wirklichkeit ganz andere, wie sie ein österreichischer Kollege richtig gekennzeichnet hat; er sagte: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle“ (Heiterkeit), und das ist richtig. In der That giebt es Leute, die mit den bedrängten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zufrieden sind und auf dem Wege zu der Partei, die diesen gegenwärtigen Zustand bekämpft, von den Antisemiten abgefangen wurden und denen die Herren Stöcker und Genossen einen Prügelknaben in den Juden schufen. Wenn die Leute die Nation überwinden haben, so wird Stöcker sitzen und seine großen Reden nimmer weiter ziehen. Den jüdischen Glaubensgenossen aber rathe ich dem Antisemitismus gegenüber nach dem Worte Feuerbach's sich zu richten: Von der Dummheit gehäht zu werden, ist ehrenvoll, von der Gemeinheit gehäht zu werden, ist beneidenswert.

Abg. Stöcker: Ich darf Antisemitismus nicht angefangen, sondern Herr Richter. Das Wort Gemeinheit hätte Herr Singer nicht auf meine Partei, sondern auf seinen ehemaligen Kompagnon Rosenthal und dessen gerichtlich festgestelltes Wort anwenden sollen. Die Sorge um die Seele des Volkes hat uns in die Bewegung hineingetrieben. Den Juden möchte ich den Rath geben, bescheidener zu sein und lieber aus dem Lande zu gehen, als unser Volk zu gefährden.

Abg. Singer: Ich kann von Herrn Stöcker keinen Rath annehmen; gegenüber der Aeußerung Rosenthal's habe ich meine Meinung schon früher deutlich genug ausgesprochen. Herr Stöcker sollte sich lieber um gerichtlich festgestellte Thatsachen bezüglich seiner Gefinnungsgenossen Bödel und Pöckelmann kümmern; und auch in seinem Vorleben fehlt es nicht an bedeutenden, gerichtlich festgestellten Thatsachen. Das gerichtlich festgestellte Wort meines ehemaligen Kompagnons, des Herrn Rosenthal, habe ich schon, bevor **Abg. Stöcker** mir seinen Rath gab, ebenso beurtheilt, wie **Abg. Stöcker** selbst es thut. Alle

der Führer des Zentrums für die Gewährung von Diäten an und widerspricht dem Herrn von Hellendorff, welcher meint, daß durch die Gewährung der Diäten das Ansehen des Reichstages geschädigt würde. Herr v. Hellendorff scheint nur einen kleinen Theil des deutschen Volks zu kennen. Redner verwahrt sich auch als Mit-

glied des preussischen Abgeordnetenhauses dagegen, daß dieses niedriger steht als der Reichstag. (Zustimmung links.) Das allgemeine Wahlrecht wird dadurch erst recht zur Wahrheit, daß wir den Kreis der zu Wählenden möglichst erweitern. Es mag sein, daß der eine oder der andere der Herren hier nicht mehr erscheint (Zustimmung links); aber darauf kann es nicht ankommen, wenn dafür ein Würdigerer erscheint. Nicht das allgemeine Wahlrecht hat den Ton der öffentlichen Diskussion herabgestimmt, sondern das muß offen ausgesprochen werden, daß war der frühere Kanzler des Deutschen Reichs. (Lebhafte Zustimmung links.) Ist die Wahlagitation bei den diätenbegabten Landtagen etwa weniger roh und unwürdig, als die Reichstags-Wahlagitation? Hoffentlich wird der neue Kurs der Regierung endlich einmal die Bemerkung verschwinden machen aus den Akten des Reichstages: Der Bundesrath hat den Beschluß für die Diäten abgelehnt. (Zustimmung links und im Centrum.)

neue Kurs in Bezug auf die Diätenfrage anderer Ansicht ist wie der alte Kurs.

Abg. Stöcker (H.): Ich wollte das nicht unwidersprochen lassen, was Herr Lieber von dem Fürsten Bismarck gesagt hat; ich kann das um so eher, als ich vom Fürsten Bismarck niemals etwas Gutes erfahren habe. Herr Richter hat gemeint, daß Fürst Bismarck mich habe in die Höhe steigen lassen. Ich habe eher Widerstand erfahren beim Fürsten Bismarck; es kann nur in einem Fortschrittskopfe eine solche Meinung wie Herrn Richters entstanden sein. Was an Rohheit dem allgemeinen Wahlrecht anhaftet, das rührt nicht vom Fürsten Bismarck her. Viele werden dem Fürsten Bismarck dankbar sein, daß er manchmal auf einen groben Noth einen groben Keil gesetzt hat und es wird vielleicht wieder einmal nothwendig sein, daß jemand über die Schärfe des Wortes verfügt. (Zustimmung bei den National-Liberalen.) Im übrigen bin ich geneigt, für die Diäten einzutreten, weil ich wünsche, daß die Vertreter des Mittelstandes hier mehr vertreten wären. Das allgemeine Wahlrecht hat etwas unorganisches; unsere Hanfshäute sind durch Sozialdemokraten vertreten; der Seehandel hat hier keine Vertretung. Besser wäre es, wenn der Reichstag so aufgebaut wäre, daß alle Berufsstände vertreten sind. Diesen Gedanken sollten die Regierungen einmal in Erwägung ziehen.

Abg. Lieber (Zentr.): Wenn Herr Stöcker sich so freundlich für die Diäten ausgesprochen hat, so will ich darauf verzichten, auf den groben Noth, daß ich über den Alt-Reichskanzler etwas Unwahres gesagt habe, den groben Keil zu setzen. Bezüglich des Reichskanzlers a. D. und Reichstags-Abgeordneten in absentia will ich nur erinnern, daß er dem Zentrum einen Mordmörder an die Rockschöße hängen wollte, daß er die persönlichen Angriffe als Waffe benutzte... (Präsident v. Levetzow bittet die Angriffe auf einen abwesenden Reichstags-Abgeordneten zu unterlassen.) Ich hätte gewünscht, daß er hier gewesen wäre, um selbst meine Worte zu hören. Ich brauche nur an die Aeußerungen der „Hamburger Nachrichten“ zu erinnern.

Abg. Richter: Ich bleibe dabei, daß Herr Stöcker erst dann eine größere Rolle zu spielen begann, als der Fürst Bismarck den Antisemitismus begünstigte, sonst wäre Herr Stöcker niemals in den Reichstag oder in den Landtag gewählt worden. Als der Kartellgedanke aufkam, mußte Herr Stöcker sich verpflichten, bis zu den Wahlen auf jede politische Thätigkeit zu verzichten. (Präsident v. Levetzow bittet, nicht auf solche Persönlichkeiten einzugehen.)

Abg. Stöcker: Ich weiß nicht, daß Fürst Bismarck sich jemals dem Antisemitismus geneigt gezeigt hätte. Es ist eine Beleidigung meiner Wähler, wenn Herr Richter meint, daß dieselben auf einen Wink der Behörde anders wählen würden, als sie wollen. Durch Einreichung meiner Demission habe ich gezeigt, daß ich meine Ueberzeugung vertrete. Ich habe durch meine zeitweilige Zurückhaltung nur den Beweis geliefert, daß es mit dem Kartell nicht geht. Einen solchen Vorwurf finde ich nicht nobel.

Abg. Richter: Daß Herr Stöcker unter seinen Wählern einen erheblichen Anhang hat, weiß ich; aber dieser Anhang reicht zur Mehrheit nicht aus; Herr Stöcker ist nur auf Krücken anderer Parteien in den Reichstag gekommen. Die Aufrechterhaltung des Kartells hat vom Herrn Stöcker nicht abgehungen. Der abwesende **Abg. Fürst Bismarck** trägt die Hauptschuld an dem Antisemitismus, auf seine wohlwollende Neutralität ist alles Häßliche dieser Bewegung zurückzuführen.

Abg. Stöcker: Meine Person hat für allgemeine politische Verhältnisse keine große Bedeutung, aber für Berlin hatte sie eine gewisse Bedeutung, das beweisen die wachsenden Zahlen meiner Anhänger bei den Reichstagswahlen. Daß Fürst Bismarck an der antisemitischen Bewegung nicht schuld ist zeigt die Ausdehnung dieser Bewegung in jetziger Zeit.

Abg. Richter: Die wachsende Zahl der Anhänger Stöcker's ist nur entstanden aus der Vereinnahmung der National-Liberalen, Konservativen und aller nicht freisinnigen Elemente. Bei den Stadtverordnetenwahlen hat sich das Ausrufen der Berliner Bewegung gezeigt. Die Judenhege wird nur deshalb hervorgerufen, weil die Konservativen sich nicht mehr über Wasser halten können. In Berlin, wo man die Herren kennt, zieht das Stück nicht mehr; nur auf dem Lande, wo man bisher nur National-liberal war, zieht das Schauspiel noch etwas, bis man es auch dort zu langweilig findet.

Abg. Stöcker: Die National-Liberalen zählen in Berlin nicht erheblich, gegenüber den Stadtverordnetenwahlen verweise ich auf die Kirchenwahlen, welche positiv ausgefallen sind. Auf so kleinliche Dinge läßt sich die antisemitische Bewegung nicht; sie ist die Auflehnung gegen die schimpfliche Fremdherrschaft, die wir so lange getragen haben.

Abg. Pöckelmann verwahrt sich dagegen, daß Herr Eugen Richter die Wählermassen so hinfällig beurtheilt.

Abg. Singer: Ich habe die Ueberzeugung, daß die Herren diese Debatten nur anfangen, weil sie Sachliches gegen die Diäten nicht vorzubringen wußten. **Abg. Stöcker** sagte, daß deutsche Volk habe sich dem Antisemitismus zugewandt, um die schimpfliche Fremdherrschaft abzuschütteln. Wäre der Antisemitismus wirklich aus solchen idealen Gründen entstanden, so könnte sich in ihm nicht so viel Rohes und Gemeines zeigen. Ich rede natürlich hier nicht von der Fraktion dieses Hauses. Die Ursachen sind aber in Wirklichkeit ganz andere, wie sie ein österreichischer Kollege richtig gekennzeichnet hat; er sagte: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der dummen Kerle“ (Heiterkeit), und das ist richtig. In der That giebt es Leute, die mit den bedrängten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zufrieden sind und auf dem Wege zu der Partei, die diesen gegenwärtigen Zustand bekämpft, von den Antisemiten abgefangen wurden und denen die Herren Stöcker und Genossen einen Prügelknaben in den Juden schufen. Wenn die Leute die Nation überwinden haben, so wird Stöcker sitzen und seine großen Reden nimmer weiter ziehen. Den jüdischen Glaubensgenossen aber rathe ich dem Antisemitismus gegenüber nach dem Worte Feuerbach's sich zu richten: Von der Dummheit gehäht zu werden, ist ehrenvoll, von der Gemeinheit gehäht zu werden, ist beneidenswert.

Abg. Stöcker: Ich darf Antisemitismus nicht angefangen, sondern Herr Richter. Das Wort Gemeinheit hätte Herr Singer nicht auf meine Partei, sondern auf seinen ehemaligen Kompagnon Rosenthal und dessen gerichtlich festgestelltes Wort anwenden sollen. Die Sorge um die Seele des Volkes hat uns in die Bewegung hineingetrieben. Den Juden möchte ich den Rath geben, bescheidener zu sein und lieber aus dem Lande zu gehen, als unser Volk zu gefährden.

Abg. Singer: Ich kann von Herrn Stöcker keinen Rath annehmen; gegenüber der Aeußerung Rosenthal's habe ich meine Meinung schon früher deutlich genug ausgesprochen. Herr Stöcker sollte sich lieber um gerichtlich festgestellte Thatsachen bezüglich seiner Gefinnungsgenossen Bödel und Pöckelmann kümmern; und auch in seinem Vorleben fehlt es nicht an bedeutenden, gerichtlich festgestellten Thatsachen. Das gerichtlich festgestellte Wort meines ehemaligen Kompagnons, des Herrn Rosenthal, habe ich schon, bevor **Abg. Stöcker** mir seinen Rath gab, ebenso beurtheilt, wie **Abg. Stöcker** selbst es thut. Alle

solche Versuche, zwischen mir und meinen Parteigenossen einen Zwiespalt hervorzurufen, werden nicht gelingen.

Darauf wird die Debatte geschlossen. Persönlich bemerkt Abg. Stöcker, daß Büchel sein Parteigenosse nicht sei. Abg. Videnbach verwahrt sich dagegen, daß er ein Parteigenosse Stöcker's sei; gerichtlich Allen lägen bezüglich seiner Person nicht vor.

Abg. Singer (persönlich): Ich habe mich nur versprochen, als ich den Abg. Videnbach zum Parteigenossen des Abg. Stöcker machte, ich wollte sagen, er wäre sein Gesinnungsgenosse.

Abg. Richter (persönlich): Abg. Stöcker hat ein merkwürdiges Ungeschick, Thatsachen wiederzugeben. Nicht ich habe die Antisemitendebatte begonnen, sondern er hat eine Neuerung von mir bei der Handelsvertragsdebatte aufgenommen, weil er nicht schnell genug die Antisemitendebatte herbeiführen konnte.

Abg. Stöcker (persönlich): Ich habe allerdings diese Neuerung vorgebracht, habe aber damit durchaus keine Antisemitendebatte eingeleitet, sondern diese begann erst der Abg. Richter in seiner Erwiderung.

Der Antrag Waumbach wird darauf gegen die Stimmen der Deutschkonservativen und der Reichspartei und einiger Nationalliberalen (v. Bennigsen, von Wenda, Hamacher, Möller, Böttcher, v. Ung. Trölsch und Kimpau) genehmigt.

Der Etat des Reichstags und der Etat des Reichskanzlers und der Reichsfinanzien werden genehmigt.

Schluss 5 Uhr; nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Zweite Lesung des Etats.)

Tokales.

Die Arbeitslosigkeit hatte noch in keinem Winter solche Dimensionen angenommen, wie in dem gegenwärtigen. Die Versammlungen der Arbeitslosen haben gezeigt, welches Meer von Beschäftigungslosen die kapitalistische Produktionsweise auf das Pflaster geworfen hat. Noch nie waren die Ansammlungen von Arbeitsuchenden in der Zimmerstraße vor dem Arbeitsmarkt der Zeitungen so groß, wie in diesen Tagen. Als die ersten Schneefälle eintraten, waren in den frühesten Morgenstunden die Depots der Pferdebahnen und städtischen Straßenreinigung umlagert von Tausenden, welche hoffen, Anstellung als Schneeschipper zu finden. Nur der verschwindend kleinste Theil der Arbeitsuchenden konnte berücksichtigt werden, die übrigen mußten wieder davonziehen, ihre Hoffnung, ein paar Groschen verdienen zu können, erfüllte sich nicht. Sie liegen also wiederum hungrig und stierend auf dem Pflaster!

Was das belegen will, kann der allerdings nicht ermessen, der so vorzüglich war, sich wohlhabende Eltern auszuwählen. Die Zahl Derjenigen, welche an vollen Schüsseln sitzen, nimmt aber von Jahr zu Jahr rapid ab. Gar mancher Sympotling einer vor Jahrzehnten mit Mamon reich ausgerüsteten Familie steht heut in den Reihen des Proletariats. Nicht durch eigene Schuld ist er dahin gekommen, die wirtschaftlichen Verhältnisse des kapitalistischen Staates bedingen solche Verschiebungen des Besitzes, sie bedingen auch, daß das Kapital in den Händen Einzelner sich immer mehr häuft und so die Zahl der Besitzenden sich mehr und mehr verringert. Wer heut einmal in die Reihen der Proletarier gedrängt ist, der verläßt dieselben nie mehr, es ist ihm nicht möglich, sich aus eigener Kraft wieder empor zu arbeiten. Interessant wäre es, eine Statistik der Arbeitslosen nach ihren verschiedenen Berufszweigen zu veranstalten. Dieselbe würde ergeben, daß jeder Stand eine Anzahl seiner Mitglieder herzugeben hat, welche zur Beschäftigungslosigkeit verdammt ist. Dieselben würden von Herzen gern arbeiten, aber „alle Stellen sind besetzt.“ Die Legende des nicht arbeiten wollen, existirt heute selbst für die bürgerlichen Kreise nicht mehr, sie spukt höchstens noch in den Köpfen einiger der Edelsten der Nation. All diese Tausende von Menschen, welche sich beim Morgengrauen zum Schneeschuppen drängen, wollen doch eben arbeiten, sie stellen sich doch nicht des Spottes wegen vor die Thüren der Pferdebahndepots. Daß für ihre Arbeitskraft keine Verwendung vorhanden ist, ist doch wahrlich nicht ihre Schuld. Es bleibt ihnen somit nichts anderes übrig, als betteln zu gehen und wer dazu zu stolz ist, dem bleibt lediglich das Verhungern. Die kapitalistische Gesellschaft rührt keinen Finger, um die Arme der Arbeitslosen zu verringern; wenn eine Vereinigung von Arbeitern den Versuch macht, durch Verklärung der Arbeitszeit einer größeren Zahl von Arbeitern Beschäftigung zu verschaffen, so erhebt sich das Unternehmertum wie ein Mann gegen diesen Versuch. Die Buchdruckerbewegung der letzten Wochen hat hierfür den Beweis geliefert. Die geforderte geringe Lohnmehrung hätten die Prinzipale ja schließlich bewilligt, nimmermehr aber wollen sie den Neunstundentag gewähren, welcher die ganze Bewegung zu einem angeblichen „sozialistischen Vorstoß“ stampeln soll. Die Sozialdemokratie ist aber gar nicht so bescheiden, sie verlangt den Achtstundentag in Verfolgung ihres Programms: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf. Erst die Einführung des Achtstundentages wird es den Arbeitern annähernd ermöglichen, ein Leben zu führen, wie es Menschen gebührt.

Im Reiche des Herrn von Stephan, des „Post-Stephan“, ist zwar manches saul, das allerhöchste aber ist die geradezu erbärmliche Bezahlung der Unterbeamten. Die Post- und Telegraphenverwaltung macht ja, wie der General-Postmeister jedes Jahr im Reichstag mit großer Genugthuung erklärt, so enorme Ueberschüsse, daß eine Aufbesserung der Gehälter der niederen Beamten sehr gut möglich wäre. Die Stellung derselben ist eine immerhin verantwortungsvolle, da ihnen Wertze und Wertobjekte durch die Hände gehen, die ihren Jahresgehalt oft auf das Zehnfache übersteigen. Die Versuchung, welcher diese Beamten ausgesetzt sind, ist daher eine außerordentlich große und nicht selten unterliegen die Beamten dieser Versuchung. Die Rubrik „Ungetreuer Postbeamter“ ist daher eine stehende in der Gerichtsanbahn der Zeitungen.

In der That wird es nicht viele Strafanstalten im Reiche geben, in welchem nicht wenigstens ein Postbeamter ungewollt Ansehen gewonnen hätte. Die Gerichtsverhandlungen ergeben sehr oft ein drastisches Bild von dem Kampfe zwischen der Pflicht und dem Hunger, welchen die Beamten ausfechten, ehe sie die schiefe Ebene des Verbrechertums betreten. Der Mann wehrt sich wochen- und monatelang gegen die Versuchung, endlich aber kann er dem Andrängen von Noth und Elend nicht mehr Stand halten und kurze Zeit darauf berichtet die Zeitungen über die Entdeckung eines neuen „Postmarcks.“ Kürzlich wurde von der Strafkammer in Münster ein Postgefäß zu ein Jahr Gefängnis verurtheilt, weil er aus vier Briefen, die er widerrechtlich geöffnet hatte, 17 Mark unterschlagen hatte. Der Mann erzielte einen täglichen Lohn von — zwei Mark und hätte zu seiner Entschuldigang an, daß er mit diesen nicht habe auskommen können. Das glauben wir gern, denn von einem Einkommen von 12 Mark pro Woche kann man selbst in der Provinz nicht leben.

Die Gerichte versagen zwar den Angeklagten, welche ihre Noth wegen dieser lässlichen Bezahlung im Gerichtsaal klagen, nur selten die Wohlthat mildernder Urtheile, auf der anderen Seite aber fällt die Beamtenstellung des Beklagten wieder strafschwerend ins Gewicht. Es mag zugegeben sein, daß es notwendig ist, das Vertrauen des Publikums zu den Institutionen der Populverwaltung zu fester und zu festigen. Das kann die Populverwaltung vor Allem dadurch erreichen, wenn sie ihre Angestellten derart bezahlt, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können. Inwiefern dies bei einem Lohn von 2 Mark pro Tag möglich ist, kann sowohl das Publikum, als auch die Populverwaltung beurtheilen. Dazu

ist der Dienst gerade der unteren Postbeamten ein sehr anstrengender, wie uns sicher jeder Landbriefträger bestätigen wird. Sind die Leute nun vollends noch verheiratet und im glücklichen Besitz eines Häufchens Kinder, dann ist es so sicher wie zweimal zwei vier, daß die ganze Familie weber etwas zu beissen noch zu brechen hat. Während die Arbeitsleistung der Beamten ausreichende und kräftige Ernährung gebieterisch fordert, bleibt diesem nur die Wahl zwischen Wasseruppe und trockenem Brod, oder — einem Geiß in die ihm anvertrauten Werthungen. Ehe er sich hierzu entschließt, mag er bange Stunden durchleben, er mag noch so oft die Verführung von sich weisen, endlich aber unterliegt er derselben doch.

Es giebt nur ein Mittel, um die Rubrik der „Briefmarcks“ aus den Logenblättern verschwinden zu machen: Die Aufbesserung der Löhne der Unterbeamten. Von dem „praktischen Christenthum“, welches sich jetzt aller Orten breit macht, ist in der Populverwaltung Nichts zu merken. Wie soll dasselbe dann von den Privatunternehmern geübt werden, wenn ihm die Reichsverwaltung selbst den Rücken zugeht?

Der Hungertod. Wir würden es nicht glauben, wenn es nicht von behördlicher Seite volle Bestätigung fände: Nicht an der Grenze Preußens, dort wo das Gebiet Preußens mit einem Stück habsburger Landes zusammenstößt, ist eine ganze Familie verhungert! Die Berliner werden das für unmöglich halten und es mag zugegeben sein, daß solche Katastrophen in der Großstadt kaum vorkommen können, aber trotzdem existirt in Berlin derselbe Nothstand, wie er in der Provinz besteht, nur mit dem Unterschiede, daß er hier in anderen Formen zu Tage tritt, wie dort. Doch lassen wir die Thatsachen sprechen, indem wir folgende Notiz wiedergeben, welche jezt die Kunde durch die Presse macht:

In der Nähe von Freimaldau in Oesterreich-Schlesien, in Reichwiesen, einem Dorfe der Sudeten auf österreichischer Seite, fand man am 29. Dezember in dem Hause des Vincenz Groß sämtliche Bewohner, nämlich den Häusler Vincenz Groß selbst, seine Frau und seine dreißigjährige Tochter todt vor. Man vermuthete zuerst ein Verbrechen; ein solches liegt nun allerdings nicht vor, wohl aber spiegelt dieser Untergang einer ganzen Familie ein erschreckendes Bild menschlichen Elends ab. Die gerichtliche Obduktion hat ergeben, daß alle drei Personen an Lungenerkrankung infolge von Influenza und zugleich an Entkräftung durch Hunger gestorben sind.

Mit klaren Worten also: eine ganze Familie verhungert! Die bürgerliche Presse konstatirt dieses Ereigniß unter der üblichen „Anfallschronik“, damit es aber nicht so aussieht, als ob nicht das tiefste Mitleid durch ihre Spalten zittert, wird die wohlwollende Phrase eingeflochten, daß „der Untergang einer ganzen Familie ein erschreckendes Bild menschl. Elends abspiegelt.“ Ja, wer hat denn dieses Elend verschuldet? Die Hungertoten etwa? Nein, die Gesellschaftsordnung, welche ohne eine Hand zu rühren, ohne mit der Wimper zu zucken, geschehen läßt, daß Menschen elendig umkommen, daß st. schlimmer enden müssen, wie das Thier im Walde!

Wo bleibt da Nächstenliebe, wo bleibt da Christenpflicht? Die Familie mag abseits gewohnt haben, es mag keine Gelegenheit gewesen sein, die Nachbarn zu alarmiren, ein Arzt mag einen Tag zu fahren haben, ehe er ankam, — aber das ist doch sicher, daß eine Familie von drei Personen nicht verhungern muß, wenn anders auch nur noch für einige Tage Lebensmittel im Haus sind. Das ist aber augenscheinlich nicht der Fall gewesen, die Nachbarn konnten auch nichts entbehren, sie müssen ja selbst froh sein, wenn ihnen acht Tage später nicht derselbe sanfte Tod beschieden ist.

Von größter Bedeutung nicht nur für Berlin, sondern für das ganze Reich, insbesondere für die Krankenkassen ist ein Vortrag, welchen in der Dezemberagung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege Dr. A. Blaschko Ueber die Verbreitung der venerischen Krankheiten in Berlin gehalten hat. Derselbe kam auf Grund eines umfangreichen statistischen Materials, das zum größten Theil aus amtlichen Quellen beruht, zu dem überraschenden Schlusse, daß in Berlin seit dem Jahre 1890, d. h. also 4 Jahre nach Aufhebung der Bordelle, die venerischen Krankheiten, insbesondere die Syphilis beträchtlich und stetig abgenommen haben, daß aber trotz dieser Abnahme die Verbreitung dieser Krankheiten unter der Berliner Bevölkerung noch eine sehr erhebliche ist; allein an Syphilis sind in dieser Zeit ca. 150 000 Menschen erkrankt; unter der Bevölkerung sind jezt 10—12 pCt., d. h. jeder neunte bis zehnte Mensch syphilitisch. Erst ganz neuerdings scheint wieder ein geringes Anwachsen der venerischen Erkrankungen festzustellen. Als Gründe für die beobachtete Abnahme bezeichnet der Vortragende neben der beständigen sanitären Kontrolle der Prostitution durch die Polizei-Merzte die zunehmende Einsicht der Bevölkerung in das Uebel und die Verbreitungsweise dieser Krankheiten, sowie die in den letzten Dezennien erheblich erleichterten Gelegenheiten, diese Ueiden zu kuriren. Insbesondere weist er auf die vielen unentgeltlich Rath ertheilenden Polikliniken, sowie auf die Krankenkassen hin, von denen leider immer noch eine ganze Anzahl derartigen Kranken ihre Hilfe zum Theil verweigert. Er unterwirft die Bestimmungen der §§ 6 und 28 des Krankenkassen-Gesetzes, nach welchen die Kassenvorstände den Geschlechtskranken das Krankegeld entziehen können einer vernünftigen Kritik, indem er nachweist, daß diese Bestimmung, weit davon entfernt, den beabsichtigten „moralischen“ Effekt zu erzielen, nur zur Verschleppung, Verheimlichung und Weiterverbreitung der Syphilis Anlaß geben.

Der Vortragende, der wegen seiner reichen Erfahrungen auf diesem Gebiete als sachmännliche Autorität gelten kann, richtet noch in leiser Minute einen Appell an die Öffentlichkeit, um zu verhindern, daß bei der in nächster Zeit bevorstehenden dritten Lesung der Krankenkassen-Gesetz-Novelle diese für die öffentliche Gesundheitspflege so unheilvollen Bestimmungen wieder mit in das Gesetz aufgenommen werden. Dieser Appell fand in der Diskussion von allen Seiten, insbesondere durch den bekannten Syphilidologen Professor Röhner, warme Unterstützung. — Des Weiteren plädirte der Vortragende dafür, daß die Geschlechtskranken in allen öffentlichen Hospitälern Aufnahme finden sollten und daß die inhumanen, am mittelalterliche Barocktheile erinnernde Behandlungsweise derselben fortzufallen müßte; überhaupt sei es nachgerade Zeit, derartige Kranke nicht als Sünder, sondern als Kranke aufzufassen. Besondere Beachtung verdienen, namentlich Angehörige der jezt schwebenden Vordefrage, die Ausführungen des Vortragenden über die Regelung der Prostitution. Brauchweise Referentur derselben erklärt er überhaupt für undurchführbar, während geduldetes Bordelle vom hygienischen Standpunkt zum mindesten gleichgültig sind. Was zu reformiren sei, sei das Untersuchungs-Verfahren selber, welches den polizeilichen Charakter verliert und ein rein sanitärer, ärztlicher Akt werden müsse, wodurch nicht nur der Humanität, sondern auch der Hygiene gedient sei.

Wie man sieht, führen die Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung zu demselben Resultat, zu dem wir von rein menschlichen Gesichtspunkten aus jezt gelangt sind. Geschlechtskranke als Sünder und Verbrecher zu betrachten, ist also nicht nur im höchsten Grade inhuman, sondern auch vom hygienischen Standpunkt aus völlig verfehlt. Herr Prof. Hirsch, der im Reichstage so schön und poetisch den Sittlichkeitsstandpunkt mit Manneswürde zu vertreten wußte, mag sich dies mit goldenen Lettern in sein deutschfreisinniges Herz schreiben. Und auch die Bordelle, nach denen unser wohlgeordnetes Bürgerthum in seiner Angst so sehr verlangt, scheinen nach den Untersuchungen Blaschko's nicht das

unfehlbare Heilmittel zu sein, als welches sie bisher immer gepriesen worden sind.

Der Eisenbahn-Betrieb zwischen Berlin und den Vororten scheint immer noch nicht für voll angesehen zu werden; sei es, daß für denselben die im Dienste jüngsten und der Ausbildung noch bedürftigen Beamten Verwendung finden, sei es, daß das Personal sich dem Vorortverkehr nicht mit der sonst gemohnten Aufmerksamkeit widmet. So konnte es vorgefunden werden in Groß-Lichterfelde vorkommen, daß sich der um 3/4 Uhr Nachmittags dort eingeetroffene Personenzug zum Umrängen auf ein anderes Geleise in Bewegung setzte, als noch nicht alle Mitfahrenden ausgestiegen waren und eine Dame sich gerade auf dem Trittbrett des vorletzten Wagens befand. Dieselbe sprang schnell zurück und blieb mit noch einer Frau und einem Herrn auf der Plattform des Wagens, bis der Zug die Weiche durchfahren und Halt gemacht hatte. Der Herr war während der Fahrt im Begriffe, abzuspringen, ohne durch den Schaffner daran gehindert zu werden, gab vielmehr seine Absicht erst auf den Zuruf einer Privatperson auf. Die Gefahr des Herunterfallens und Ueberscharenwerdens ist bei solchen Vorkommnissen stets eine nicht unbedeutende, und es verdient dieser Fall hervorgehoben zu werden, weil auf derselben Strecke bereits mehrfach Ähnliches sich ereignet hat.

Gewöhnliche Steuerhinterziehungen. Nach glaubwürdigen Mittheilungen sind in jüngerer Zeit von spekulativen Kapitalisten wieder große Anläufe an Grund und Boden in der Nähe Berlins vorgenommen worden. Man verfolgt hierbei nach Befundung der „D. W.“ einen doppelten Zweck. Einmal wird die in Berlin so außerordentlich gewinnbringende Grundspeculation gefördert und sodann der neuen Einkommensteuer beträchtliches Kapital entzogen, da dieses, in Baustellen angelegt, vorerst kein Einkommen abwirft und auch sonst gänzlich unbesteuerbar bleibt. Hier zeigt die Steuergegebung eine bedenkliche Lücke, sie trifft nur landwirtschaftliche und bebaute Grundstücke und läßt die bloßen Baustellen gänzlich frei ausgehen, obwohl diese infolge der theilweise außerordentlichen Preissteigerungen den höchsten Ertrag abwerfen und durch die Aufwendungen der Gemeinde für Straßenanlagen, Pflasterung, Gas- und Wasserleitung immer werthvoller werden. Beachtenswerth erscheint ein Vorschlag, diese bisher steuerfreien Baustellen nach der Höhe ihres Werthes zu besteuern und zwar nach Angabe des Besitzers, der zugleich verpflichtet sein müßte, auf Verlangen der Gemeinde die Baustelle zu dem angegebenen Steuerwerthe abzutreten. Die Kreise der Baupflichtigen sind in Berlin zumeist mit denen der Fondsbörse identisch. In der That sind weite Börsenkreise von der Diskontogesellschaft bis herab zum kleinen Jobber an der Berliner Bau- und Grundspeculation beteiligt und es wäre in sozialer Hinsicht sehr bedauerlich, wenn diese Kreise ungehindert große Kapitalien durch Anlage in Grund und Boden nicht nur der Einkommensteuer entziehen, sondern auch aus dieser Neubelebung der Grundspeculation, auf deren Umschlag die Berliner Wohnungstheuerung wesentlich zurückzuführen ist, noch erhöhte Gewinne einheimen könnten.

Kürzlich wurde berichtet, daß in einem hiesigen Polizeibureau beim Umtausch einer Quittungskarte die Entwerfung einiger Marken, welche mit einem nicht vorgeschriebenen Entwurf versehen waren, durch neue Marken verlangt worden sei. Wenn ein solches Verlangen gestellt worden sein sollte, so war es nicht berechtigt, denn nirgends ist vorgeschrieben, daß unvorschriftsmäßig entwerfete Marken ihren Werth verlieren, vielmehr ist nach § 109 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes eine Karte, in welcher sich solche falsch entwerfete Marken befinden, von der Behörde anzuhalten und durch eine neue Karte zu ersetzen, in welche der zulässige Inhalt der früheren Karte zu übernehmen ist. Die neue Karte erhält also dieselbe Nummer wie die alte, und wenn erstere z. B. 52 Marken zweiter Klasse der Versicherungsanstalt Berlin aufwies, den Vermerk: „Bei Erneuerung der Karte übertragen 52 M. II. V. A. Berlin.“ Bei dieser Gelegenheit möge nochmal darauf hingewiesen werden, daß eine Entwerfung nicht nothwendig ist, daß sie aber, wenn sie vorgenommen wird, nach dem Bundesraths-Beschlusse vom 22. Dezember 1891 nur in der Weise erfolgen darf, daß auf den einzelnen Marken der Entwurfstag handschriftlich oder unter Verwendung eines Stempels in Tinte angegeben wird, z. B. 20. 1. 92. Fehler bei Bornahme der Entwerfung können von der unteren Verwaltungsbehörde — das ist in Berlin der Magistrat, Abteilung für Invaliditäts- und Altersversicherungssachen — mit Ordnungstrafen bis zu 150 M. geahndet werden.

Ein empfehlenswerther Wirth scheint der Inhaber des Lokals Gollnowstr. 20 zu sein. Herr Menzer, so ist der Name dieses edlen Arbeiterfreundes, scheint mit Argusaugen darüber zu wachen, daß in seinem Lokale Bestrebungen, die zum Ruhen der Arbeiter dienen, mit eiserner Faust unterdrückt werden. Am Freitag Abend betrat ein Arbeiter mit einer Liste für die unabhängigen Buchdrucker das geheiligte Lokal. Er bot die anwesende Wirthin sehr höflich um die Erlaubniß, die Liste auslegen zu dürfen, und diese Erlaubniß wurde auch bereitwillig ertheilt. Der Wirth, der an der Lustpump beschäftigt war, hatte zuerst nicht auf den Ankömmling geachtet, als er aber erfuhr, um was es sich handelte, stürzte er sich wie ein Tiger auf den Ehemann und veranlaßte ihn, sofort das Lokal zu verlassen, und zwar gefach das in einer Weise, wie sie dem berühmten Hausknecht aus Nubierland im schwarzen Walfisch zu Abla-... geläufig war. Zu dieser Heldenthat schien den schneidigen Wirth die Anwesenheit eines Kriminalschutzmannes begeistert zu haben, der ja nun in Zukunft wohl dafür sorgen wird, daß in den gastlichen Hallen des Herrn Menzer nie ein Mangel an Besuchern herrschen wird.

Bettelbriefe sind von Herrn Bino v. Friedenthal, Berlin N.-Kolbergstraße 18, der sich auch Schriftsteller nennt, trotz aller Hinweise in der Presse auch zu Neujahr noch wieder nach Auswärts versandt worden. Am Schluss der gedruckten Bettelbriefe heißt es: „Alteie lege ich nicht bei, sind aber solche jederzeit bei mir einzusehen und das Kind Sonntag von 1 Uhr Nachmittags bis Montag 7 Uhr früh anzutreffen. Mein Ehrenwort nur das Zusammentreffen so abnormer Momente veranlaßt mich, mir sehr unangenehm, noch deartig mit dem Vertriebe meiner Werke vorgehen zu müssen und die herzlichste Bitte auszusprechen mein Werk zu jedem Preise huldvollst anzukaufen zu wollen. Bei meiner so geringen Thakraft wäre gnädigste Rücksendung dieses Briefes eine große Wohlthat, bitte aber dann unbeschrieben zu fernem Gebrauch geeignet.“ Diefem Briefe liegt noch ein hektographirtes Schreiben bei: „Herzlichste Gratulation zum neuen Jahre und aufrichtiger Wunsch beständiger Gesundheit übermitteln gehorsamt Bino v. Friedenthal und Frau. Wären wir körperlich und unser idiosyncrasisches Pflegejüngchen (eine verlassene mütterliche Waise) gleich gesund, würde unser Glück ohne Grenzen sein. Gottes Rathschluß ist oft unerforschlich!“ Das Recht, sich „Schriftsteller“ zu nennen, glaubt sich Herr v. Friedenthal aus einer dem Bettelbriefe beigelegten Zusammenstellung von Kriegsbepfechen erworben zu haben: 1864 und 1866. Ein an geschichtlichen Werthe genehendes Denkmal der Heldenthaten unserer hochverehrtesten, dahingeschiedenen Kaiser, Heeresführer und Kameraden. — Rathschluß liegt ihm einzig und allein daran, für diese vollkommen werthlose und unvollständige Zusammenstellung einige Pfennige herauszuschlagen von Leuten, die noch nicht wissen, wie fabrikmäßig der adlige Wäfenber sein Geschäft betreibt.

Der Pfarrer Hans Jürgen Harber aus Weihensee hatte, wie jezt amtlich publizirt wird, unter Verzichtleistung auf die Rechte des geistlichen Standes sein Pfarramt niedergelegt. Dadurch wird es erklärlich, daß Harber kürzlich im Gefängniß des Besuch eines höheren Konsistorialbeamten erhalten. Man glaubt

darnach, daß dieser ihn bewegen sollte, die Wahrheit zu sagen, wahrscheinlich wird ihn derselbe aber nur aufgefordert haben, sein Amt niederzuliegen.

Der Assessor v. Rohde ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem es sich herausgestellt hatte, daß die Festnahme auf Grund einer böswilligen Anzeige hin erfolgt war.

Ueber den Spandauer Dampferunfall, von dem wir schon berichtet haben, entnehmen wir dem „Anz. f. d. H.“ folgenden genaueren Bericht: Freitag Abend um 6 Uhr fuhr der Schleppdampfer „Ludwig“ von der Schneidewitz'schen Mühle bei Hamburg, der von Berlin kam, so heftig gegen die Charlottenbrücke, daß die eisernen Träger derselben nach der Streifenweise erheblich beschädigt wurden. Der Dampfer hatte sich vollständig festgerannt und konnte erst mittelst Winden rückwärts aus seiner Lage befreit werden. Er liegt jetzt am Ufer vor der Brücke vor Anker. Die Folgen des Unfalls haben sich erst Sonnabend in ihrer ganzen Tragweite herausgestellt. Am Morgen vollzog sich noch der Verkehr im überragenden Umfang über die Brücke. Die von Herrn Stadt-Verordn. Paul vorgenommene Untersuchung ergab aber, daß sich infolge der Beschädigungen der Eisenkonstruktion die Brücke an der einen Seite gesenkt hatte. Unter diesen Umständen mußte sowohl der nördliche Fußgängersteig als auch der Fahrweg der Brücke bis auf Weiteres polizeilich gesperrt werden. Das Schlimmste ist die völlige Unterbrechung des Wagenverkehrs über die Charlottenbrücke. Die Tragweite dieser Maßregel läßt sich für den Augenblick noch gar nicht ermessen. Vielen Fußgänger, namentlich den Tropfenbesitzern, geht vorläufig der größte Teil ihrer Einnahmen verloren. Zwischen dem Hamburger Bahnhof und der Stadt kann bis auf Weiteres nur ein Fußgängerverkehr stattfinden, da die Brücke neben der Hamburger Bahn für den Wagenverkehr nicht eingerichtet ist. Wie sich die Gewerbetreibenden, die Brauereien u., deren Fuhrwerke diese Brücke unter allen Umständen bisher benutzen mußten, über diese Störung hinweghelfen, weiß man nicht. Wagenverkehr nach Charlottenburg und Berlin kann jetzt nur über die Berliner Brücke bewerkstelligt werden. Zu beiden Seiten der Charlottenbrücke sammelten sich Fuhrwerke an, deren Fahrer ratlos waren, als ihnen die Ueberfahrt verweigert wurde. Nur ganz leichte Wagen, z. B. Beiwagen, durften passieren, nachdem die Pferde ausgespannt waren. Ein Versetzen auf dem Dampfer scheint den Unfall herbeigeführt zu haben. Es wurde nämlich, wie erzählt wird, zur kritischen Zeit, entgegen dem Kommando, Dampf vornwärts gegeben, worauf der heftige Anprall erfolgte. — Es ist nur als ein glücklicher Umstand zu erachten, daß der Güterbahnhof sich auf dem anderen Ufer befindet, im anderen Falle würden die wirtschaftlichen Schäden für die Stadt unermesslich sein.

Übermal wird noch nachträglich ein Eisenbahn-Zusammenstoß vom Schlesienschen Bahnhof gemeldet. Am Sonnabend Abend gegen 1/2 8 Uhr fuhr die Lokomotive eines austrangierten Stadtbahnzuges nach dem Maschinenwagen zurück, welcher linksseitig von den Stadtbahngeleisen auf dem Körper der Ostbahn kurz vor der Warschauer Brücke belegte ist. Zu derselben Zeit verließ eine zweite Maschine obigen Schuppen, um zur Beförderung eines Separat-Stadtbahnzuges nach dem Schlesienschen Bahnhof zu fahren. Die Strecke weist an dieser Stelle in der Richtung des Ausreitens ein ziemlich starkes Gefälle auf, gleichzeitig bilden die zahllosen Weichen ziemlich starke Kurven, sodas die Führer beider Lokomotiven nicht wahrnehmen konnten, daß die Maschinen auf dem gleichen Geleise fuhren. Erst als die beiden Maschinen sich dicht gegenüber befanden, erkannte man die vorliegende Gefahr, und man versuchte zu bremsen. Dies gelang jedoch nicht mehr; beide Maschinen rauten mit so furdtbarer Gewalt ineinander, daß dieselben total zertrümmerten. Die auf den Lokomotiven befindlichen Bedienungsmannschaften vermochten sich nicht mehr durch Abspringen zu retten und wurden durch den Zusammenstoß auf den Bahnkörper geschleudert. Ein Maschinist hat leichte Verletzungen im Gesicht davon getragen, ein Feiger d. jedoch wurde mit schweren inneren Verletzungen — anscheinend liegt ein komplizierter Rippenbruch vor — nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft. Die Zylinder der beiden Lokomotiven hatten sich derartig ineinander geschoben, daß zwei Maschinen vorgelegt werden mußten, um die Trümmer der Gefährte von einander zu trennen. (Falsche Blocksignale sollen die Veranlassung des Zusammenstoßes gegeben haben und ist die Untersuchung bereits eingeleitet.)

In Spandau ist der Bau eines neuen Bahnhofs geplant, der nur für die aus Berlin und Charlottenburg kommenden Arbeiter der Militärwerkstätten bestimmt ist. Der Bahnhof soll im Anschluß an die Fabrikisenbahn, auf militärischem Terrain angelegt werden. Mittels der Fabrikisenbahn können die Arbeiter künftighin direkt bis zu den Werkstätten befördert werden und brauchen nicht mehr die Stadt zu passieren.

Für die Vogelweil in den städtischen Parkanlagen gehören die verschiedenen Arten der Mardersfamilien zu den gefährlichsten Feinden. Sie werden deshalb von den einzelnen Parkverwaltern nach Kräften vertilgt, durch Schießen oder Fangen in Fallen. Ein beträchtlicher Teil der so erlegten Marder ist nach und nach an das Märkische Provinzialmuseum abgeliefert worden, wo sie im ausgepöpten Zustande zu sehen sind. Es sind darin vertreten: Baum- oder Edelmarder, Steinmarder, Fitis und Nicht weniger als 6 Marder, 4 der letzteren in der braunrothen Sommerform und 5 mit dem schneeweißen Winterpelz mit schwarzer Schwanzspitze, der als Hermelinpelz geschätzt wird. Von allen diesen Mardern kann man nicht sagen, daß sie in der Mark sehr selten sind, wie ja schon der Umstand andeutet, daß allein neun Hermeline in der nächsten Umgebung Berlins, nämlich in den Parkanlagen von Treptow, im Humboldtthain und auf dem Kirchhof bei Friedrichshagen erlegt und nach dem Museum gelangt sind. Auf allen Törfern hat fast jeder Bauer die Marder an dem Verlust von Hühnern, Tauben u. dergl. erkannt.

Die Influenza hat, wie die amtliche Statistik zeigt, in der allerletzten Zeit fast gänzlich den epidemischen Charakter verloren. Während in der Zeit vom 1. November bis 31. Dezember v. J. 666 Personen in Berlin an der Influenza oder deren Folgen gestorben sind, hat diese Krankheit in der Woche vom 20. bis 26. Dezember nur 44 Todesfälle zu verzeichnen gehabt, und auch die letzte Woche des Dezember wies nur wenige Sterbefälle an der epidemischen Grippe auf. Im Januar waren in der verflochtenen Woche nur 7 Personen an der Influenza gestorben.

Der Gesangsverein „Jugendfreunde“ beschloß in seiner letzten Sitzung, aus seiner Unterhaltungsliste für arbeitslose Mitglieder den freilebenden Buchdrucker M. zu überweisen, welche auf Liste Nr. 2587 gezeichnet sind. Ebenso verpflichtete sich jedes Mitglied, pro Woche 25 Pf. resp. 50 Pf. ständigen Beitrag für die Unterhaltungsbedürfnisse zu entrichten.

Liste zur Sammlung für die freilebenden Buchdrucker sind für den Norden bei Hermann Bader, Antonstr. 34, vorn part., zu haben.

Polizeibericht. Am 11. d. M. Morgens wurde ein Arbeitsbuche in seiner Schlafkammer, Leipzigerstr. 109, durch Leuchtgas betäubt vorgefunden und nach der Charitee gebracht. Es liegt unzweifelhaft ein Selbstmordversuch vor. — An der Apostelkirche wurde Nachmittags ein Schußmacher mit einer bedeutenden Verletzung am Kopfe aufgefunden und nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Dort wurde er jedoch tobsüchtig, so daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — In derselben Zeit wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Leichenburgerstraße erhängt vorgefunden. — Im Laufe des Tages fanden neun kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Durch die widersprechenden Gutachten der Sachverständigen mußte gestern eine Verhandlung wegen fahrlässiger Tötung, die vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I stattfand, vertagt werden. Im verflochtenen Frühjahr hatte der Dachdeckermeister August Buchholz die Hinterwand eines Hauses in der Koppenstraße zu streichen. Er ließ ein Hängegerüst andringen und betraute seinen ersten Gesellen Karl Niesel mit der Leitung der Arbeit. Am ersten Juni ereignete sich dabei ein eigenartiger Unglücksfall. Die Rüstung sollte hoch gezogen werden, zwei auf dem Hofe stehende Arbeiter zogen zu diesem Zwecke an den dazu bestimmten Stricken. Einer der Arbeiter, die auf der Rüstung standen, stieß dabei an einen mit Farbe gefüllten Eimer, derselbe fiel herunter und dem Arbeiter Leutloff auf den Kopf. Derselbe erlitt eine Gehirnblutung, die am folgenden Tage seinen Tod zur Folge hatte. Dem Meister Buchholz sowie dem Gesellen Niesel wird der Vorwurf gemacht, daß sie veräußert haben, ein Schutzdach unter der Rüstung anzubringen. Während der Sachverständige Vaurath Sanderop es für unerlässlich hielt, ein Schutzdach anzubringen, behauptete der Obermeister Keller von der Dachdecker-Innung, daß die Angeklagten keineswegs hierzu verpflichtet seien. Der unter der Rüstung stehende Arbeiter müsse beim Aufziehen derselben in die Höhe sehen können, ein Schutzdach habe sich im vorliegenden Falle auch gar nicht anbringen lassen und es genüge, wenn ein Mann unter der Rüstung liege, der Personen, die über den Hof gingen, zu warnen. Da beide Sachverständigen auf ihrer Ansicht beharrten, so beschloß der Gerichtshof ein Ober-Gutachten einzuziehen.

Die sogenannten „Konkurs-Ausverkäufe“ wurden durch eine Verhandlung, die gestern vor der Verurteilungs-Kammer des Landgerichts I stattfand, in charakteristischer Weise beleuchtet. Der Kaufmann Jodor Lewinsky hatte im Hause Neue Königstraße 18 ein Schnittwaren-Geschäft betrieben. Er gerieth in Konkurs, seine Ehefrau, Kaufmanns Lewinsky, kaufte den größten Teil des vorhandenen Waarenlagers zurück und nun wurde ein „Ausverkauf“ in Szene gesetzt. Die Firma ging auf den Namen der Ehefrau über und Lewinsky trat als Verwalter der Konkursmasse auf. Er ließ in die Provinzialblätter Annoncen einrücken, worin er eine Menge Waaren zu dem beigefügten „gerichtlichen Tarpreise“ anpries. Unterzeichnet war die Annonce mit: K. Lewinsky, Verwalter. Unter den ausgeführten Artikeln befand sich auch der Satz: „Ein Stück gute schlesische Leinwand — 9 M.“ Der in Billau angestellte Postbeamte W. war der Meinung, daß ein vom Gericht beauftragter Beamter die Waaren im Interesse der Gläubiger zu festgesetzten Preisen zu veräußern hätte, er verstand ferner unter einem „Stück“ Leinwand ein Stück von 3 1/2 Metern. Er sandte neun Mark an Lewinsky ein und bot um Uebernahme eines Stückes Leinwand. Anstatt der erwarteten 3 1/2 Meter erhielt er nur 12 Meter, und als der Absender sich auf einen Umtausch nicht einlassen wollte, erstattete der sich betrogen wähnende Beamte Anzeige. Lewinsky wurde vom Schöffengerichte zu einer Gefängnisstrafe von vier Wochen und zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Er versuchte es mit der Verurteilung, im geführten Termine wiederholte der Sachverständige, Kaufmann Dalchow, sein früheres Gutachten. Unter einem „Stück“ Leinwand werde stets ein solches von gegen 33 Metern Länge verstanden und Jeder, der etwa bei Israel oder Herzhog ein „Stück“ Leinwand verlange, werde zweifellos ein Stück von der angegebenen Länge vorgelegt erhalten. Allerdings müsse eingeräumt werden, daß man gute Leinwand für diesen Preis nicht kaufen könne und daß die von dem Angeklagten abgegebene Waare hinsichtlich Qualität und Quantität preiswert sei. Auf Grund dieser Bemerkung des Sachverständigen beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Leonh. Friedmann, die Freisprechung des Angeklagten, da eine Vermögensbeschädigung des Zeugen nicht vorliege. Der Staatsanwalt Dr. Oppermann wollte dagegen das erste Urtheil aufrecht erhalten wissen. Ob das Vermögen des Zeugen geschädigt sei, sei nicht ausschlaggebend, zweifellos habe der Angeklagte durch seine, die unerlaubte Kessellampe weit überschreitenden und auf Täuschung des Publikums berechneten Annoncen einen größeren Absatz und dadurch einen Vermögensvorteil erzielt. Der Käufer hätte vielleicht lieber sein Geld in der Tasche behalten, als einen Gegenstand gekauft, den er überall für denselben Preis haben konnte. Der Gerichtshof war derselben Anschauung wie der Staatsanwalt, ermäßigte die Strafe aber mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

Soziale Uebersicht.

In Ulm haben sämtliche Aufbauer und Arbeiter der 2. Simon'schen Pianoforte-Fabrik am 4. Januar gekündigt und am 17. Januar die Arbeit niedergelegt, weil sie nach einem Akkordlaris arbeiten sollten, bei dem sie es durchschnittlich nur auf 2 M. pro Tag Verdienst bringen könnten, während sie bisher 3 M. Tagelohn erhielten. Außerdem ist das Geschäft seit 24. Dezember bis 4. Januar geschlossen gewesen, ohne daß die Arbeiter ihre Zustimmung gaben; sie hatten durch die unrentable Pause natürlich einen Verdienstausschlag. Einige der Streikenden standen seit 7 und 10 Jahren bei jener Firma in Arbeit. Das ausständige Personal ersucht sämtliche Schreiner, Aufbauer und Arbeiter um Herabhaltung des Zuzugs.

Der Allgemeine deutsche Kürsten- und Pöfelmacher-Kongress findet am 7. Februar in Magdeburg im Restaurant Polje, Braune Hirschstr. 3, statt.

Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hörte in seiner Versammlung am 11. Januar einen Vortrag des Schriftstellers Ledebour über das Thema: „Soll der Mißbrauch der freien Meinungsäußerung bestraft werden?“ Der Redner beantwortete diese Frage im verneinenden Sinne. Nachdem erhaltene Vereinstaffler Schulz den Kassenericht. Derselbe ergab eine Einnahme von 264 M. 90 Pf., eine Ausgabe von 101 M. 5 Pf., einen Bestand von 163 M. 94 Pf. Auf Antrag der Revisoren wurde Genosse Schulz entlastet. Der Schriftführer Wilde hat seine Amtserklärung und seinen Austritt aus dem Verein angezeigt. Zu Revisoren wurden neugewählt die Genossen Drescher, Hufje und Gajewski. Das Stiftungsfest des Vereins findet am 27. Februar in den Räumen der Brauerei Königstadt statt; die Wahl eines Vergütungsausschusses wurde vertagt. Nachdem noch mitgeteilt worden war, daß ein Genosse, der auf eine Liste für die streikenden Buchdrucker sammeln wollte, aus dem Lokale von Märgen in der Gollnowstraße ermittelt worden sei und zwar von dem Gastwirt, ferner die Veranstaltung einer Teilersammlung zu Gunsten der streikenden Buchdrucker polizeilich inhibiert worden wäre, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

In der Freien Vereinigung der Kaufleute sprach am 7. Januar Herr Julius Lixl über „Eugen Richter's Zukunftsbilder“ vor einer äußerst stark besuchten Versammlung, die der polizeilichen Ueberwachung entbehrte. Herr Eugen Richter, welcher

eingeladen worden war, glänzte durch Abwesenheit. Der Vortragende, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurde, legte den blühenden Wortsinn der Richter'schen Erdichtung in seiner ganzen Haltlosigkeit dar und konstatierte, daß aus jeder Zeile der Richter'schen Schrift dessen vollständige Unfähigkeit in wirtschaftlichen Fragen handgreiflich zu Tage tritt. In der Diskussion wurde von verschiedenen Rednern auf die arbeiterfeindliche Stellungnahme Eugen Richter's hingewiesen. Seine gehässige Bekämpfung des Buchdruckerstreiks, seine Agitation gegen die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe fand die gebührende Beleuchtung. Der Vorsitzende verlas dann den betreffs der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in der Stadtverordneten-Versammlung eingebrachten Antrag des Abg. Singer und machte bekannt, daß Singer am Dienstag, den 19. d. M., in einer öffentlichen Handlungsgesellschaft-Versammlung über die Sonntagsruhe referieren wird.

Der Leseklub „Karl Marx“ besah am Sonntag wiederum eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen in die Volkbrauerei ein, in welcher Herr Sieger über das Thema: „Die Arbeiter im Kampf gegen das Kapital“, sprechen sollte. Leider wurde der Verein durch das Richter'sche Referentent in große Verlegenheit versetzt; zum Glück trat Herr Schumacher Siegel in die Bresche, welcher dasselbe Thema eingehend behandelte. In der Diskussion sprachen die Herren Schulz und Pöfisch. Nachdem Herr Schulz den Ausgang der Angelegenheit der Landpartie bekannt gegeben hatte, ging man zum geselligen Teil der Zusammenkunft über. Am nächsten Sonntag findet in demselben Saale wieder eine Versammlung statt mit Richard Fischer als Referenten.

Eine öffentliche Versammlung der Schneider und Schneiderinnen speziell Moabit tagte am 10. Dezember, um diesen 100 000 Bewohner zählenden Stadtteil, in dem ganz außerordentliche Zustände in Bezug auf das Schneiderwesen herrschen sollen, der Allgemeinheit der Schneiderbewegung wiederum zurück zu gewinnen. Die Versammlung war sehr besucht und nahm den einleitenden Vortrag des Kollegen Pfeiffer über: Verhältnisse der Moabit, Alt-Moabit und Klein, Wilmersdamerstr. 45, mit lebhaftem Interesse und regem Beifall auf. Redner schilderte die unbefriedigenden Lohnverhältnisse in der sogenannten Offizin und den Terrorismus in der letzten, dem zufolge jeder, der nicht zur antisemitischen Fahne des Meisters Schwere, die Arbeit verliere. Wichtiger indes war der zweite Teil des interessanten Vortrages; derselbe betraf die Verhältnisse, welche in den Gesangsfirmen Moabit und Pöfisch herrschen. Im Untersuchungsgefängnis Moabit lasse — wie der Referent mittheilte — eine Berliner Firma sämtliche Bestellungen arbeiten fertigen. Während sie dem freien Arbeiter für einen Paletot 14 Mark Arbeitslohn zahlen müsse, bekomme sie einen solchen dort für — vier Mark; die Hofe werde mit 1 M. 50 Pf., die Weste mit 1 M. 25 Pf. bezahlt. Die betr. Firma (Herberg) lasse sich einfach einen Gefangenen als „Meister“ einrichten.

Noch schlimmer stehe es in Pöfisch. Dort seien ganze Zellen, die Redner mit Nummern genau bezeichnet, zu Schneiderwerkstätten mit 17, 4 und 3 Schneidern eingerichtet worden. Die Gefangenen erhalten pro Tag 20 Pf., das übrige schluckten die Unternehmer. Ein Oberaufseher, welcher gelernter Schneider, betriebe in Pöfisches das Schneidergeschäft im Großen. Kunden kämen hin und ließen sich bedienen und die Gefängnisräume enthielten ein ganzes Stofflager. Referent mahnt demgegenüber zu engem Zusammenschluß und allgemeiner Agitation und Organisation. In der Diskussion sprach wohl ein dutzendmal Meister Klein. Derselbe behauptete, er wäre früher einmal Sozialdemokrat gewesen, doch seien ihm über deren „nie zu verwirklichende“ Ziele die Augen aufgegangen, als die Juden ihn zu untergraben und geschäftlich zu Grunde zu richten versucht hätten. Von allen Rednern wird dem Herrn entgegen, was oft nicht leicht war. Herr Klein unterdrach nämlich nach Art der Antisemiten den Gegner durch permanente Zwischenrufe, doch ließ sich die besser gesagte Versammlung dadurch nicht aus ihrer Ruhe bringen, sondern endete mürdig, wie sie begonnen. Die Anwesenden vereinigten sich dann noch zu einem fröhlichen geselligen Beisammensein.

Die Stereotypen- und Galvanoplastiker hielten am Sonntag eine gut besuchte öffentliche Versammlung ab, in welcher Herr Schimanski Namens der Statutenberathungs-Kommission über die neu zu gründende allgemeine freie Vereinigung referierte. Der Redner theilte mit, daß nach langen Debatten die aus drei Gruppen zusammengesetzte Kommission sich in dem Bestreben völlig eingeworden sei, daß eine alle Kollegen umfassende Organisation nunmehr durchaus geschaffen werden müsse. Die bisherigen Spezialorganisationen hätten zwar ideale Ziele verfolgt, aber durch die Uneinigkeit der Gruppen zu einander sei die gewünschte und notwendige Festigung und Ausdehnung dieser Vereine nicht möglich gewesen. Zweck der neuen Vereinigung sei die Förderung der materiellen und geistigen Interessen ihrer Mitglieder, was durch Errichtung eines Arbeitsnachweises, durchhalten von Vorträgen und Anschaffung von Fachliteratur u. erreicht werden solle. Der Verein soll außerdem Unterstützung der Arbeitslosigkeit und Rechtschutz bei gewerblichen Streitigkeiten gewähren. Alles mit einem Male könne man nicht fordern, gehört aber jeder Kollege dieser Organisation an und besetze die Mitglieder der Geist des Fortschritts, so werde sie sehr bald eine feste Stütze jedes Kollegen in allen Nöthigkeiten des Lebens werden. Die Spezialberathung des Statuts müsse der bald einzuberufenden Generalversammlung überlassen bleiben. Mit einem warmen Appell an die Kollegen, die Grundzüge des Statuts, die nämlich den Prinzipien der modernen Arbeiterbewegung entsprechen, auch ihrerseits anzuerkennen und durch Einigkeit zu bewahren, daß sie auf der Höhe der Zeit stehen, schloß Herr Schimanski sein beifällig aufgenommenes Referat. In der Diskussion hob Herr Stanitzky die Dringlichkeit der Gründung der neuen Vereinigung hervor und erwähnte ebenfalls zur Einigkeit. Die nun folgende Eingekennung in die Mitgliederliste ergab, daß 69 Personen der Organisation beigetreten waren. Der Hauptverein der Stereotypen trat in corpore über. Bei der hierauf vorgenommenen Wahl eines provisorischen Vorstandes wurden die Herren Weilandt und Knoch zu Vorsitzenden, Stanitzky und Gleiche zu Kassieren, Schimanski und Kemme zu Schriftführern, Müller zum Beisitzer und Rehband und Trophet zu Revisoren gewählt. In seinem Schlusswort drückte Herr Schimanski seine lebhafteste Freude über die endlich erreichte Einigung der Kollegen aus und forderte zu rastloser Thätigkeit auf. Die Versammlung ging mit begeisterten Hochrufen auf das Gedeihen des neugegründeten Vereines auseinander.

Die Maler, Latirer, Kunstreicher und verwandten Berufsgeossen waren am 7. Januar zu einer kombinierten Filialversammlung zusammengetreten, in welcher die Abrechnung des Stiftungsfestes verlesen und für richtig erklärt, sowie dem Vergütungsausschusse Decharge erteilt wurde. Der Ueberblick sollte den freilebenden Buchdruckern überwiesen werden. Die Versammlung nahm sodann Stellung zum Buchdruckerstreik und beschloß einstimmig, daß die Bevollmächtigten der Filialen sobald wie möglich die Gelder an den Hauptvorstand resp. Kassierer Bentler senden, mit der Bemerkung, die Summe des Berliner Buchdruckers zu überweisen. Nach langer und eingehender Diskussion gelangte in dieser Sache noch folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute bei Gröndel tagende kombinierte Mitglieder-Versammlung der Filialen Berlins der Vereinigung deutscher Maler, Latirer und verwandten Berufsgeossen erklärt den deutschen Buchdruckern ihre volle Sympathie zu ihrem Kampfe gegen die Kapitalmacht und verpflichtet sie nach besten Kräften moralisch und materiell zu unterstützen.“

Die Angelegenheit der Filiale (Westen) betreffs der Meis-

Anträge zum Gewerkschafts-Kongress.

Nachstehend bringen wir die Anträge und Resolutionen, wie sie bei der unterzeichneten Kommission eingelaufen sind, um dem Kongress zur Beschlussfassung unterbreitet zu werden. Die Anträge werden später noch in einem Separatdruck erscheinen und jedem Delegierten vor Stattfinden des Kongresses zugestellt werden. Es liegt also im Interesse der einzelnen Organisationen, die gewählten Delegierten möglichst bald bei der unterzeichneten Kommission anzumelden, damit die Vertreter auf dem Kongress schon vorher sich eingehend mit den einzelnen Projekten vertraut machen können. Wir erwarten, daß sich nunmehr, kurze Zeit vor dem Tage, an welchem der Entscheid über die weitere Gestaltung der Gewerkschafts-Organisation fallen soll, alle interessierten Kreise nachmalig eingehend mit der Sache befassen und behalten uns gleichfalls noch eine Meinungsäußerung über die Durchführbarkeit der einzelnen Vorschläge vor.

Vorstand und Ausschuss des Verbandes deutscher Zimmerleute: Resolution:

In Erwägung, daß die Bildung von Unionen bei den meisten Gewerkschaften eine Erhöhung der Beiträge notwendig erforderlich macht.

In weiterer Erwägung, daß die Mitglieder vieler Organisationen zu einer höheren Beitragsleistung aber nicht herangezogen werden können, und in schließlicher Erwägung, daß eine auf gemeinschaftliche Kosten zu betreibende Agitation für die Union gebührenden Berufsorganisationen nicht geeignet erscheint, den gewünschten Erfolg zu erzielen, beschließt der Gewerkschaftskongress, mit der Bildung von Unionen vorläufig noch nicht vorzugehen. Der Kongress beschließt jedoch, um für die Zukunft die Unionen anzubahnen, daß sich die zunächst verwandten Gewerbe durch Kartellverträge verbinden. Diese Verträge sind dahin abzuschließen, daß sich die verwandten Berufe verpflichten:

1. sich bei Streiks oder Aussperrungen gegenseitig finanziell zu unterstützen;
2. ihre gegenseitigen Mitglieder auf der Reise zu unterstützen und zwar derart, daß an den Orten, wo die eine Organisation keine örtliche Verwaltungsstelle hat, die Unterstützung von der Organisation gezahlt wird, welche eine Verwaltungsstelle am Ort hat.

Die Generalkommission bleibt bestehen und hat folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden, Industrien und Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;
2. die von den einzelnen Zentralvereinen aufgenommenen Statistiken für die gesamte Arbeiterschaft zusammenzustellen;
3. statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
4. in bestimmten Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereins-Vorstände an einzelne Gewerkschaften bei Aussperrungen Unterstützung aus dem vorhandenen Fonds zu gewähren. — Zeigt es sich, daß die vorhandenen Mittel nicht genügen, steht der Generalkommission das Recht zu, Extrabeiträge auszusprechen. Diefelben dürfen jedoch 20 Pf. pro Jahr und Mitglied der zentralisierten Vereine nicht übersteigen.

Pflichten der einzelnen Zentralvereine der Generalkommission gegenüber:

1. hat jede zentralisierte Gewerkschaft pro Mitglied und Quartal 6 Pf. an die Generalkommission zu leisten. Aus dieser Einnahme, sowie aus dem Ertrag der Extrabeiträge hat die Generalkommission die sämtlichen Ausgaben, einschließlich der Agitation und Aussperrungen zu bestreiten;
2. nach Beendigung eines jeden Streiks ist der Generalkommission schriftlich Bericht über den Verlauf und Erfolg desselben zu erstatten; desgleichen müssen der G. K. die von den einzelnen Gewerkschaften aufgenommenen statistischen Erhebungen zur Verfügung gestellt werden.

Als Publikationsorgan der G. K. bestimmt der Kongress eines der bestehenden Gewerkschaftsorgane. Dies ernannte Organ ist, sobald Bekanntmachungen der G. K. darin enthalten sind, den Vorständen der Zentralvereine, den Vertrauensleuten derjenigen Gewerkschaften, deren Landesgesetze eine Zentralisierung unmöglich machen, sowie den Redaktionen der Arbeiterzeitungen gratis zuzustellen. Die Kosten des Mehrdrucks, sowie die der Zustellung trägt die Generalkommission.

Die Einberufung des nächsten Gewerkschafts-Kongresses bleibt der Generalkommission unter Zustimmung der Mehrzahl der Zentralvereins-Vorstände überlassen.

Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband. Zentrale Berlin.

Organisationsplan.

Im ersten Teile (von den Zentralvereinen handelnd) gleich dem Entwurf der Generalkommission unter Hinzufügung des Satzes: „Den Zentralvereinen ist die größtmögliche Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit zu lassen und sind dieselben nur insoweit von der Zentralverwaltung abhängig, als dieselben einen auf den Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften festzusetzenden prozentualen Beitrag ihrer Einnahme zur Leitung der Zentralgeschäfte abzuführen haben.“

Agitation.

Um eine Ueberbrückung zwischen den organisierten und unorganisierten Berufsangehörigen herbeizuführen, andererseits um etwaigen Eingriffen zu begegnen und die Gefahren, welche Aufstellungen mit sich bringen, abzuwehren, ist das Vertrauensmänner-System der einzelnen Gewerkschaften anzuerkennen. Dasselbe ist durch leistungsfähige Formen mit den Vereinigungen in Verbindung zu bringen und steht also getrennt da. Das einzige Bindeglied ist die Fachpresse. Diefelbe ist nicht das Organ der Vereine, ist die fachliche Band, welches alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Gewerkschafts gemeinsam verbindet. Um den planmäßigen Neugründungen kleiner Blätter vorzubeugen, halten die verwandten Gewerkschaften ein gemeinsames Preßorgan, welches so einwichtig sein muß, daß den Interessen der einzelnen Gewerkschaften Rechnung getragen wird. Die einzelnen Fachpressen dienen gleichzeitig dazu, die notwendigen Bekanntmachungen der Generalkommission zu veröffentlichen und sind dieselben als Publikationsorgane den Organisationen der betreffenden Berufsgruppen zu empfehlen. Die Vertrauensmänner haben eine planmäßige Agitation zu entfalten und alle im Rahmen der zentralisierten Vereine nicht durchzuführenden Maßnahmen zu erledigen.

Generalkommission.

Zur Herbeiführung einer einheitlichen Regelung derjenigen Angelegenheiten, an denen alle Berufsgruppen gleichmäßig interessiert sind, keine aber für sich zu deren Regelung im Stande ist, wird eine zentrale Körperschaft, die Generalkommission, gebildet. Diefelbe steht vollständig außerhalb der Vereine und besteht aus sieben Vertretern, welche auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress zu wählen sind.

Aufgaben der Generalkommission.

- a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;
- b) die aufgenommenen Statistiken für die gesamte Arbeiterschaft zusammenstellen;
- c) statistische Aufzeichnungen über sämtliche Streiks zu führen und periodisch zu veröffentlichen;
- d) in bestimmten und dringenden Fällen und unter Zustimmung der Mehrzahl der Vertrauensleute der einzelnen Gewerkschaften bei Streiks aus einem zu schaffenden Generalfonds Unterstützung zu gewähren.

Arbeitersekretariat.

Ueberzeugt von der Notwendigkeit einer Zentralkasse für alle die Arbeiterkreise international berührenden Fragen, wird die Gründung eines nationalen Arbeitersekretariats beschlossen. Die Funktionen desselben werden der Generalkommission überwiesen und hat dieselbe im Rahmen der Beschlüsse der internationalen Arbeiterkongresse zu handeln.

Gewerkschaftskartelle.

Um die Erzielung der gleichmäßigen Interessen der einzelnen Gewerkschaften eines Ortes oder Industriebezirks einheitlich zu gestalten, sind in öffentlichen Versammlungen Vertreter und Vertreterinnen aus den einzelnen Branchen zu wählen; dieselben haben alle gleichmäßigen Angelegenheiten, namentlich in Bezug auf Agitation, Streiks, Boykotts, Aussperrungen, Lokalangelegenheiten, Wahlen zu den Gewerbegerichten u. s. w. zu erledigen; ferner haben dieselben alle von der Generalkommission als im Interesse der allgemeinen Arbeiterschaft anerkannten Maßnahmen mit zur Durchführung zu bringen und dieselbe in ihren Bestrebungen zu unterstützen. Die Gewerkschaftskartelle der einzelnen Orte oder Industriebezirke sind verpflichtet, dem nationalen Arbeitersekretariat die Ergebnisse der Erhebungen ihres Ortes oder Bezirkes periodisch mitzutheilen.

Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen Leipzigs.

„Die Grundlage der Gewerkschaftsorganisation bilden die Zentralvereine verwandter Berufsgruppen.“

In dem Entwurf sind in der Abtheilung „Organisation der deutschen Gewerkschaften“ im dritten Absatz die letzten Worte „wo für die Zentralvereine als solche Schwierigkeiten bestehen“, sowie die beiden folgenden Absätze zu streichen.

Unter „Aufgaben der Zentralvereine“ ist dem Absatz 2 hinzuzufügen: „ferner an solche, welche durch unverschuldete, unvorhergesehene Fälle in Noth gerathen sind.“ (Vorzüglich der Letzteren sind von der Zentralleitung nähere Bestimmungen festzusetzen.)

Unionen.

Die Zentralvereine der verwandten Berufsgruppen verbinden sich unter einheitlicher und aus Vorstandsmitgliedern sämtlicher dabei in Betracht kommenden Verbände bestehender Leitung zu sog. Unionen.

Dieselben bilden in ihrer Gesamtheit den alleinigen, bestimmenden und ausschlaggebenden Faktor der gesamten Gewerkschaftsbewegung.

Zur Erledigung und Handhabung aller Geschäfte und derjenigen Angelegenheiten, bei welchen alle Unionen gleichmäßig interessiert sind, wird auf dem alle zwei Jahre stattfindenden allgemeinen Gewerkschaftskongress ein Geschäftsführer als ausführende Person gewählt, an dessen Seite je ein Unionsvertreter gestellt wird.“

Aufgaben der Unionen.

- a) und b) in der von der G. K. vorgeschlagenen Fassung;
- c) Streiks, welche innerhalb der zur betreffenden Gruppe gehörenden Industriezweige notwendig werden und Aussicht auf Erfolg haben, von den einzelnen Berufsorganisationen aber nicht wirksam geführt werden können, sind nachdem sie von der Union gutgeheißen sind, auf gemeinschaftliche Kosten zu führen. Weitere sind im prozentualen Verhältnis zur Stärke von allen zur Union gehörenden Einzelorganisationen aufzubringen;
- d) das Wort „möglichst“ zu streichen.

Aufgaben des Geschäftsführers.

Derselbe hat die Aufgabe, mit Hilfe der Unionsvertreter: a) die Betreibung der Agitation in denjenigen Gegenden und Industrien, Berufen, deren Arbeiter noch nicht organisiert sind;

- b) die Beschlüsse der Unionen, sowie die nötigen rechtsgültigen Bekanntmachungen in der Tagespresse zu erlassen;
- c) und d) in der Fassung des Entwurfes der Generalkommission;
- e) ganz streichen.

Die Bestimmung, daß Zentralvereine, welche keiner Organisation angehören, durch Abgabe von 2 pSt. der Einnahme von 15 Pf. Wochenbeitrag an den Geschäftsführer sich der Gesamtorganisation anschließen können, ist zu streichen.

Verband

Der Hasenarbeiter und Verband der Werstarbeiter. Dem Organisationsentwurf der Generalkommission soll in dem Absatz, welcher lautet: „Die Grundlage der gesamten Gewerkschaftsorganisation bildet der Zentralverein der einzelnen Berufe“, folgender Satz angehängt werden: „Jedoch sind die Organisationen, in denen sich verschiedene Berufsvereine zu einem Zentralverband zusammengeschlossen haben, in erster Linie in der gegebenen Form zu erhalten und für deren Ausdehnung zu agitieren.“

Gewerkschaften Dresdens.

In allen Organisationen ist, wo nicht die ausgedehnte Hand-Industrie zu große Schwierigkeiten bereitet, nach längerer Karenzzeit die Arbeitslosen-Unterstützung einzuführen.

Zentralverband der in Holzbearbeitungs-Fabriken beschäftigten Arbeiter Deutschlands. Die Festsetzung eines Einheitsbeitrages muß unterbleiben, weil die Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufe zu verschieden ist. Unter „Aufgaben der Unionen“ ist dem Absatz b) hinzuzufügen: „Das Organ erhält jedes Mitglied gratis.“

Unterstützungsverein der Kupferschmiede Deutschlands.

1. Den jetzt auf 3 Pf. festgesetzten, bis zum Kongress gültigen Quartalsbeitrag auf 10 Pf. von da ab zu erhöhen.
2. Ausstände nicht organisierter Arbeiter dürfen von Seiten der Generalkommission mit Gewerkschaftsgeldern nicht unterstützt werden.
3. Anleihen zum Zweck der Unterstützung von Streiks dürfen nicht aufgenommen werden.
4. Wir beantragen die Wahl einer Revisionskommission aus 5 Mitgliedern bestehend. Diese soll lediglich a) die Abrechnungen, Belege für Einnahme und Ausgabe der Generalkommission prüfen; b) die Gehälter für die ständig in der Kommission thätigen Mitglieder festsetzen; c) für etwaige Versäumnisse der Kommissionmitglieder die Entschädigungssätze bestimmen.

Verband der Bäcker.

Der Resolution der Halberstädter Konferenz betreffs der Unterstützung von Streiks ist folgender Zusatz zu geben: 1. Nur Angriffsstreiks solcher Gewerkschaften und Industrien werden unterstützt, in welchen noch keine regelmäßige Arbeitszeit durchgeführt ist. 2. Streiks in den Nahrungsmittel-Branchen werden nur in den ersten 14 Tagen unterstützt.

Resolution.

In Erwägung, daß es zum vollen Durchbruch der Gewerkschaftsbewegung unumgänglich nötig ist, daß alle Gewerkschaften und Industriezweige in die Bewegung gezogen werden, erklärt es der Kongress für Pflicht der Delegierten sowie aller zielbewußten Arbeiter überall dahin zu wirken, daß die noch nicht genügend oder gar nicht organisierten Branchen wie Bäcker, Müller, Schlächter u. s. w. zur Organisation herangezogen werden. Insbesondere erklärt es der Kongress für notwendig, daß bei etwaigen gemeinsamen Vorgehen der Nahrungsmittel-Arbeiter zur Erringung einer geregelten Arbeitszeit u. s. w. dieselben allerwärts und von vornherein mit aller Kraft in pekuniärer und moralischer Hinsicht unterstützt werden.

Verein deutscher Schuhmacher. Zentralkasse Straßburg i. E.

1. Die sämtlichen zentralisierten Vereine und eingeschriebenen Hilfsklassen eines Industriezweiges (Bekleidungs- und Lederindustrie) vereinigen sich und bilden einen Verband mit Namen Union (sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungs- und Lederindustrie.)
2. Die Union wird in Gauverbände eingetheilt.
3. Jeder Gauverband hat für Einführung eines Maximalarbeitstages, sowie eines Minimallohnes, unter welchem kein Mitglied bei Strafe des Ausschlusses arbeiten darf, Sorge zu tragen.
4. Erhöhung des Eintrittsgeldes auf mindestens 1 M.
5. Festsetzung der Beiträge auf 20 Pf. pro Woche, und die betreffenden Fachorgane sind den Mitgliedern unentgeltlich zuzustellen.
6. Festsetzung der Reiseunterstützung auf mindestens 60 Pf. pro Tag.
7. Einführung der Unterstützung für Arbeitslose mit mindestens der Hälfte des Durchschnittslohnes des betreffenden Ortes.
8. Der Sitz sämtlicher Zentralverbände wird an einen Ort verlegt.
9. Errichtung eines Arbeitersekretariats zur Vornahme statistischer Erhebungen, sowie zur Unterfuchung von Thatsachen. Dasselbe dient zugleich als Verbindungsglied mit den ausländischen gewerkschaftlichen Verbänden.

Vorstand und Ausschuss des Metallarbeiter-Verbandes. Resolution.

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes halten fest an der auf dem Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. beschlossenen Organisationsform in der Ueberzeugung, daß den in der Großindustrie beschäftigten Arbeitern ein wirksamer Rückhalt nur geboten werden kann, wenn sie sich in großen Organisationen vereinigen, die eine einheitliche Leitung ermöglichen und im Stande sind, gegebenen Falles ihre Mitglieder bei Lohnkämpfen u. s. w. aus eigenen Mitteln zu unterstützen.

Die Mitglieder des deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind bereit, ein Uebereinkommen sämtlicher Gewerkschaften nach Kräften zu unterstützen, soweit es sich um eine gegenseitige Unterstützung bei außergewöhnlichen Lohnkämpfen u. s. w. handelt.

Zu diesem Behufe wird die Errichtung einer Generalkasse empfohlen, in welche alle beteiligten Gewerkschaften — ein Zwang kann nicht stattfinden — einen bestimmten, nach der Kopfzahl berechneten Beitrag leisten. Im Bedarfsfalle erhalten die beteiligten Gewerkschaften unverzinsliche Darlehen. Weiters nicht zurückzahlende Unterstützungen können, soweit die Kassensverhältnisse es gestatten, gewährt werden.

Wird auf letztgenannte Unterstützung Anspruch erhoben, so ist die Zustimmung von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Gewerkschaften, beziehungsweise der von den einzelnen Gewerkschaften aufgestellten Vertreter des Verwaltungsraths erforderlich.

Der Verwaltungsrath besteht aus je einem Mitglied der beteiligten Gewerkschaften. Derselbe ernannt den Generalkassierer, sowie einen aus fünf Personen bestehenden Exekutiv-Ausschuss. Ersterer hat die Kasse zu verwalten, letzterer die Kassensführung zu überwachen und in Gemeinschaft mit dem Generalkassierer die laufenden Geschäfte zu erledigen.

Weder der Generalkassierer noch die Mitglieder des Exekutiv-Ausschusses dürfen eine leitende Stelle in einer Gewerkschaft bekleiden, um zu verhindern, daß die eine oder andere Gewerkschaft bevorzugt wird.

Nur der Generalkassierer wird besoldet, den Mitgliedern des Exekutiv-Ausschusses und des Verwaltungsrathes werden eventuelle Barauslagen vergütet und Diäten gewährt.

Der Exekutiv-Ausschuss hat kein Recht, eigenmächtig Sammlungen unter den Gewerkschaften zu veranstalten.

Agitation.

Der Vorstand des unlängst gegründeten Zentralverbandes deutscher Gasarbeiter und verwandter Berufsangehörigen gedenkt in nächster Zeit ein Flugblatt unter diesen Arbeitern in ganz Deutschland zu verbreiten, um sie zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Ganz abgesehen davon, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, seine Arbeitsgenossen zur Organisation heranzuziehen, bietet sich in diesem Falle wiederum für jeden einzelnen unserer Genossen eine Gelegenheit, der Arbeiterfrage zu dienen. Auch diese Arbeiterkategorie ist gleich den Bäckern und Zigarbeiter, für die wir um Unterstützung bei der Agitation erucht haben, überaus schwer durch das Arbeitsloch belastet und muß jeder denkende Genosse bemüht sein, ihnen durch Schaffung einer Organisation zu einem menschenwürdigeren Dasein zu verhelfen. Wir bitten daher alle Genossen, welche Verbindung mit den Gasarbeitern haben und gewillt sind, die Verbreitung des Flugblattes zu übernehmen, ihre Adresse an den Vorstand des genannten Vereins einzusenden zu wollen.

B. Rothermund.

Hamburg, Warmbeck, Heilmannstraße 20, part. Sodann bitten wir auch um Angabe weiterer Adressen zur Agitation unter den Bäckern und Zigarbeiter.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. G. Legien, Hamburg, St. Georg, An der Koppel 79, 1. Etage.

Soziale Ueberlicht.

An die Uhrmacher Deutschlands! Kollegen! Angesichts der Thatsache, daß sich die ohnehin so traurigen Verhältnisse unserer Branche von Tag zu Tag verschlechtern, und gegenüber der immer weiter um sich greifenden

Arbeitslosigkeit, welche wiederum eine Folge der übermäßig langen Arbeitszeit ist, die zumal in der Provinz noch 11 bis 12 Stunden und darüber beträgt, wobei ebendrin noch wahre Hungerlöhne gezahlt werden, während auf der anderen Seite die von den Unternehmern an uns gestellten Ansprüche täglich wachsen, — erachten wir es als Pflicht der denkwürdigen und zielbewußten Kollegen, allerorts in eine Agitation für die Befreiung der bestehenden Misverhältnisse einzutreten. Ihr, die Ihr Euer Tage erkannt habt, rüttelt die Kollegen aus ihrer lethargischen auf, entwirft sie jener verderblichen Harmoniebesetzung, die durch den deutschen Unerfahrenen-Verein auf uns genährt wird; organisiert sie auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung. Laßt das neue Jahr nicht abermals ungenützt an Euch vorübergehen, die Zeit drängt mit Riesenschritten vorwärts, laßt Euch nicht durchschrecken vor der Schwierigkeit einer solchen Aufgabe. Eure heiligste Pflicht ist es, mit ganzer Kraft für dieses Ziel einzutreten; ist erst der Anfang gemacht, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Die unterzeichnete Kommission ist bereit, Euch in diesem Vorhaben zu unterstützen, und werden zu diesem Zweck die Kollegen allerorts ersucht, sich mit unterzeichnetem in Verbindung zu setzen.

Mit kollegialem Gruß
Die Agitationskommission der Verh. Uhrmacher.
J. A. Otto Käther,
Berlin NW., Lübeckstraße Nr. 8.
Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

In einer öffentlichen Gewerkschafts-Verammlung
Rürberg's fand nach einem Referat des Genossen Eisinger
folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die am 20. Dezember im Café Rex stattgefundene Ver-
sammlung hat beschlossen, den allgemeinen Gewerkschaftskongreß
zu ersuchen, den von der Generalkommission ausgearbeiteten
Organisationsentwurf abzusehen und den Arbeitern zu empfehlen,
sich nicht nach Berufen, sondern nach Industrien zu organisieren.
Die Grundlage der einzelnen Organisationen soll die Zentral-
vereinigung einer bestimmten Industrie-Gruppe von Arbeitern nebst
Hilfsarbeitern bilden, in der Weise, daß z. B. alle Metallarbeiter,
Folgarbeiter, Bauhandwerker u. s. eine einzige in Sektionen
gegliederte unter einer Leitung stehende Organisation bilden.
Den Genossen soll es anheim gestellt werden, sich in den von den
Zentralvereinigungen zu errichtenden örtlichen Filialen und Ver-
tufen gegliedert zu organisieren. Bei der Wahl der Zentral-
verwaltung soll darauf Rücksicht genommen werden, daß wo-
möglich alle der Organisation angehörende Berufe in dieser
Körperschaft Vertretung finden. Zur Wahrung der Interessen
der Mitglieder erkennt jede Organisation eine Zeitung als
Publikationsorgan, deren Redakteur auf der Generalversammlung
nach demselben Modus gewählt wird, wie der Zentralvorstand.
Die Regelung der Wanderunterstützung, des Herbergsweßens und
der Agitation bleibt jeder Organisation selbst überlassen.
Zur höheren Sicherstellung der einzelnen Organisationen wird
eine Reservefonds-Kasse errichtet, zu welcher jede Organisation nach
Möglichkeit ihrer Mittellieferung einen näher zu bestimmenden Bei-
trag zu entrichten hat. Der Beitritt zu dieser Kasse ist jeder
Organisation freigestellt. Ansprüche an die Reservefonds-Kasse
haben nur jene Organisationen, welche Beiträge zu derselben
leisten. Ueber die Wahl des Kassiers der Reservefonds-Kasse ver-
binden sich die Vorstände der zu dieser Kasse steuernden
Organisationen unter sich selbst. Zur gegenseitigen Verständigung
über Fragen, welche alle Gewerkschaften, ohne Unterschied des
Berufes, interessieren, treten die Vorstände der verschiedenen Gewerks-
schaften in geeigneten Zwischenräumen zu Beratungen zusammen.
Zu diesem Zweck findet auch spätestens alle 3 Jahre ein
allgemeiner Gewerkschaftskongreß statt; dessen frühere Einberufung
kann durch Majoritätsbeschluß einer Konferenz der gesamten
Gewerkschaftsvorstände angeordnet werden. Sowohl zu den
Konferenzen der Vorstände wie zu den allgemeinen Gewerkschafts-
kongressen sind alle Gewerkschaftsorganisationen, ohne Rücksicht
auf die Form der Organisation, einzuladen. An alle bestehenden
Organisationen wird das Ersuchen gestellt, sich bis zum 1.
April 1894 nach den in der Resolution zu Grunde gelegten
Normen umzugehören und damit überflüssig werdende Gewerks-
schaftsorgane zu veranlassen, ihr Erscheinen einzustellen.“

Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, diese Reso-
lution in allen arbeiterfreundlichen Blättern zu veröffentlichen,
und werden dieselben hiermit um Abdruck ersucht.

Verhandlungen.

Mit der eben erfolgten Einführung der Kontrollmarke
in der Tabakindustrie beschäftigte sich am Sonntag eine
öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und
Arbeiterinnen, in welcher Herr Josef Stahl
die Erfolge darlegte, welche speziell die Zigarrenarbeiter Amerikas
damit errungen haben. Da man es dort durch einen Appell an
die gesamte Arbeiterschaft dahin gebracht hat, daß diese nur
Zigarren kauft, welche aus Kisten genommen werden, die mit einem
sogenannten Lebel (Kontrollmarke) versehen sind, war man im Stande,
die theilweis sehr schlechte Lage der Zigarrenarbeiter zu verbessern,
indem man den Unternehmern, wenn sie jene Lebeln haben wollten, zur
Bedingung machte, keine Kulis (Chinesen u. s.) zu beschäftigen, den
geforderten Lohn zu zahlen, die Arbeitszeit zu verkürzen und
ihren Arbeitern eine gute Behandlung angedeihen zu lassen.
Arbeiter will die Einführung der Kontrollmarke bezüglich des Nutzeffekts
durchaus nicht überschätzen; als Kardinal- und Abhilfsmittel
aller Uebel, unter denen die Arbeiterschaft leidet, betrachte er sie
nicht, das könne nur der Sozialismus sein, aber es sei not-
wendig, den Arbeiter kampffähig zu erhalten, und das
Streik in letzter Zeit, auch mit Transung der größten
Opfer seitens der Arbeiter, fast immer ohne den erwünschten
Erfolg geblieben, müsse man, um Besserung zu schaffen, zu dem ver-
hältnismäßig geringeren Opfer erforderlichen Mittel der Kontroll-
marke greifen. Hauptächlich in Berlin lasse sich dieselbe, da hier
die Tabakwaren vornehmlich von den Kleinindustriellen hergestellt
würden, sehr leicht einführen. Doch müsse die Einführung, wenn
es dahin komme, über ganz Deutschland vor sich gehen. Um sie
erfolgreich zu machen, sollten sich die Kollegen und Kolleginnen
aber vor allem der Vereinigung anschließen. Dem beifällig auf-
genommenen Vortrage folgte eine längere Diskussion, an welcher
sich die Herren Bordes, Augustin, Wörner, Heit-
mann, Häbisch, Hermann, Ries, Otto und Berner be-
theiligten. Die Herren Augustin (Putzwerker) und Häbisch
(Dicker) gaben ihrer Freude als Vertreter von Gewerkschaften,
in denen die Kontrollmarke eingeführt ist, darüber Ausdruck, daß
auch die Zigarren- und Tabakarbeiter zu diesem, wie sie sagten,
zur Zeit geeigneten Kampfmittel greifen wollten. Sämtliche
Redner, mit Ausnahme eines „Unabhängigen“, traten für die
Einführung der Kontrollmarke ein. Letzterer hielt den Nutzen
der Kontrollmarke für gleich Null und befürchtete, durch
Anwendung derartiger Mittel würden sich die Arbeiter vom
energiehellen Eintreten für ihr Endziel abhalten lassen. Diese
Besorgnis erzuhr eine gründliche Widerlegung seitens der nach-
folgenden Redner, hauptsächlich des Herrn Augustin, der wach-
erklären konnte, daß die Gutachter in den kleineren Städten, in
welchen es früher „politische Nullen“ gewesen seien, seit der
Agitation für die Einführung der Marke sich rege am politischen
Leben beteiligten. Gegen die Stimme des „Unabhängigen“
wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung begrüßt die Einführung der Kontroll-
marke mit Freuden; sie beauftragt die Kommission für
öffentliche Angelegenheiten, das Spektakel betreffs der
Einführung dieser Marke ausgearbeitet und einer demnächst ein-
zubehaltenden Versammlung vorzulegen.“

Darauf verlas Herr Sperber die Rechnungslegung der

Kommission für öffentliche Angelegenheiten pro 4. Quartal 1891.
Es betragen danach die Einnahmen inkl. eines Bestandes von
884,44 M. vom 3. Quartal 769,79 M. Nach Abzug der Aus-
gaben verblieb am Schluß des 4. Quartals ein Bestand von
192,14 M. Die Revision dieser Abrechnung wurde den Herren
Genos. W. Blauwirth und W. Heß übertragen und
dann zur regen Beteiligung an den Sammlungen der Kommission
aufgefordert, damit man die Buchdrucker mit Unterführungen be-
denken könne.

Der Freie Diskussionsverein (von Schülern der Arbeiter-
Bildungsschule gegründet) hatte für den 10. d. M. eine außer-
ordentliche Versammlung für Männer und Frauen einberufen,
die sich eines recht regen Besuchs zu erfreuen hatte. In derselben
legte Herr Junker als Schüler der Arbeiter-Bildungsschule
durch einen Vortrag über das Planetensystem Zeugnis ab von
dem vortheilhaften Wirken dieses Instituts und von
seinem Können. Der Redner überraschte nicht nur durch
den wissenschaftlichen gemeinverständlichen Inhalt, sondern
auch durch die gefällige Form des Vortrages, der mit wohl-
verdienter Anerkennung entgegengenommen wurde und als
ein erkleckliches Zeichen nicht nur erfolgreicher Wirksamkeit der
Arbeiter-Bildungsschule, sondern auch der Bildungsfähigkeit der
Arbeiter angesehen ist, während der folgenden Diskussion noch mehr
erhellte, an der sich zumiß Schüler der Arbeiter-Bildungsschule

betheiligten. Der Aufforderung des Vorsitzenden Herrn Folger
dem Verein recht zahlreich beizutreten, wäre daher der beste
Erfolg zu wünschen, um so mehr, als Vereinsbeiträge nicht erhoben
werden. — Der Versammlung folgte ein gefälliges Beisammen-
sein. Der Tanz war leider vom Polizeipräsidenten verboten wor-
den, indem dortselbst die Meinung vertreten wurde, daß, da
Gäste zu der Versammlung Zutritt hätten, diese Versammlung eine
„öffentliche“ Versammlung sei, mithin auch das folgende Tanz-
vergügen als ein „öffentliches“ sich gestalten und dieses
einer besonderen Genehmigung bedürfte. Da sich gegen dieses
Verbot momentan nichts thun ließ, suchte man sich dergestalt zu
helfen, daß die anwesenden „Gäste“ Vereinsmitglieder wurden
und so eine geschlossene Gesellschaft hergestellt wurde. Gegen das
Tanzverbot wird der Beschwerdeweg geoffnet.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Quittung beizufügen. Briefliche
Antwort wird nicht ertheilt.

„Die Hülse schießt, der Säbel hant“ steht in Nr. 10
des ersten Jahrgangs der „Neuen Welt“ (von 1870) — so er-
fahren wir durch die Güte eines Genossen, dem hiermit herzlich
gedankt sei.

1. Ziehung der 1. Klasse 186. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 12. Januar 1892, Nachmittags.
Kur die Gewinnnummern über 60 Mark sind den betreffenden Nummern
in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

153 90 246 48 877 84 517 07 71 070 (200) 92 733 03 809 41 980
1231 397 431 (100) 555 683 770 81 853 61 3020 (200) 30 115 43 75 87
329 546 601 25 737 905 25 70 2157 223 97 375 442 555 710 51 (100)
977 4076 87 331 406 583 730 62 6015 154 231 334 35 43 (100) 803
6179 98 259 85 911 73 76 508 52 91 643 90 7019 97 161 205 21 335
436 583 (100) 86 833 (100) 8033 (100) 76 154 86 242 61 (100) 334 88
403 55 602 91 92 735 9209 67 335 62 76 440 587 639 783 932
10371 77 456 66 556 676 709 854 11102 96 636 705 97 35 62 802
16 21 99 228 1211 1 41 399 (100) 325 97 435 688 67 717 13193 231
339 44 446 774 (100) 76 894 14106 90 259 70 377 403 608 32 745 831
76 912 25 136919 46 80 216 48 285 599 603 30 808 (100) 16111 13
67 541 54 659 56 711 939 44 98 17137 372 423 (100) 500 685 741 927
12554 (100) 416 55 796 (100) 928 919 28 97 10233 514 460 570 627
756 813
2019 36 67 467 625 97 732 (100) 63 887 (100) 922 21161 295 (200)
70 93 8 56 545 22123 (200) 46 68 82 99 249 441 74 627 (100) 80 722
94 909 65 23006 (100) 302 548 50 729 945 24087 202 421 55 564 672
769 91 803 961 25108 29 213 84 3 9 467 601 24 731 90 803 78 921 75
20005 36 219 887 46 543 47006 351 539 85 609 770 71 280654 124
241 479 93 586 611 55 728 72 32 806 28 85 98 20217 (100) 35 61 67
73 607 719 831 50 80 929 68
30175 338 86 414 66 72 85 576 701 92 841 92 31093 511 213
23 79 531 84 (200) 633 83 836 81 82 904 12 32045 123 30 274 330 91
493 648 621 (200) 60 821 952 33049 102 (100) 328 40 451 94 562 613
72 516 83 937 34121 247 428 39 31 587 (100) 655 782 93 35111
371 517 643 701 976 30049 86 195 374 503 (100) 8 25 788 97 801 57
(100) 37091 61 268 342 417 61 50 10 759 94 874 78 85 38359 70
349 78 436 501 26 89 (30000) 657 757 888 30216 42 515 66 623 71
717 (100) 839 921 37 53 (100) 57
40001 65 112 90 98 398 435 64 534 739 48 870 41333 85 429 79
80 548 663 785 911 94 42011 204 337 61 656 (100) 798 99 822 988
43016 154 516 61 621 733 55 95 801 916 20 (100) 79 83 44102 94 255
310 71 478 569 595 61 45018 70 105 96 251 341 40 86 629 47 82 829
44 40062 124 412 (200) 31 616 893 902 88 47018 478 537 80 618 83
773 89 897 938 48154 85 425 68 809 929 40244 522 759 87 953
50007 72 277 370 407 15 47 164 825 86 903 84 51 41 88 182 414
61 833 841 95 52084 32 67 195 219 333 97 88 94 489 573 659 51 722
30 828 53252 344 468 97 873 92 99 24193 293 450 611 7 227 55017
103 6 79 344 4 449 70 674 74 44916 71 57156 234 265 516 38
638 791 943 81 58881 100 31 33 250 320 23 329 29 31 988 59010 160
323 430 (100) 622 66 682 782 924 82
60009 87 143 82 97 278 4 80 70 71 512 632 45 709 802 (100) 29
236 61226 84 437 42 524 (100) 59 739 73 76 96 62082 156 283 885
89 424 609 970 63064 71 185 276 97 423 534 621 737 67 829 64143
259 353 84 456 76 852 910 36 63 (100) 65004 10 22 115 24 (100) 258
355 (100) 97 504 19 60 635 748 832 65 60 921 60 63196 270 389
91 468 22 578 967 67125 (100) 254 (100) 351 412 18 71 564 698 73
60906 155 71 561 421 674 711 89 914 60908 44 89 236 309 91 482
717 19 81 804 97 941 71
70002 149 383 418 624 703 71001 80 (100) 118 91 293 795 801
949 72043 63 137 245 527 746 49 65 949 73024 30 98 110 316 47
451 672 82 95 789 74002 107 100 141 211 353 740 73 755694 15 716
70 949 70076 (200) 86 96 172 302 500 2 5 9 65 635 90 783 77889
108 372 412 14 61 638 835 52 87 88 89 99 911 78406 156 69 222
(100) 311 436 503 735 79040 59 133 40 88 325 62 437 673 84 6 21 909
80171 80 249 312 30 91 429 518 26 97 617 881 904 84131 89 338
435 41 86 895 956 78 82063 (100) 116 499 511 43 51 652 54 70 64
802 77 80208 277 415 609 88 84022 45 303 51 415 88 588 634 72 745
63 (100) 812 906 12 4191 229 423 91 568 816 36 38 67 75 989 80089
141 344 (100) 81 419 73 549 51 717 (100) 21 2 803 82100 11 30 62
289 503 48 (10) 603 18 701 979 80016 53 408 98 536 98 607 41 822
40 902 35 84 66 8605 825 60 334 62 463 578 93 747 973
80053 31 402 3 539 751 880 811 91056 78 28 412 516 24 37 66
819 149 66 91 92198 207 8 302 480 (100) 556 636 37 41 49 68 733 964
93031 107 12 216 395 546 53 633 71 709 82 92 94032 103 223 501

1. Ziehung der 1. Klasse 186. Königl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 13. Januar 1892, Nachmittags.
Kur die Gewinnnummern über 60 Mark sind den betreffenden Nummern
in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

5 98 151 (100) 236 91 99 327 45 47 86 61 413 70 612 (100) 68 (200)
743 818 78 81 915 28 51 92 1113 35 303 (100) 498 (100) 699 746 97
953 93 86601 141 282 506 650 51 58 76 736 (10) 3 888 3059 49 101
33 (100) 229 328 609 773 45 4083 275 85 99 256 (100) 80 92 529 (100)
61 61 67 (100) 91 94 5047 90 21 20 12 76 249 429 69 561 657 702
945 6065 65 733 7074 224 79 391 557 80 97 67 83 774 97 823 51
108 8884 113 65 323 484 678 781 94 903 33 9024 44 219 504 (100) 6
15 74 603 788 921
10157 (100) 240 52 (100) 69 332 (100) 408 777 811 916 11007 299
457 780 890 977 14908 66 151 85 24 (100) 41 329 41 552 690 790
823 31 64 13041 44 94 2 8 452 543 631 51 720 67 92 873 81 992
14389 81 575 (100) 703 65 812 347 15001 30 109 66 503 6 1 79 703
79 915 16016 (200) 32 115 24 905 414 (15) 573 609 45 (100) 48 87
838 900 17190 290 (150) 314 422 539 51 769 64 8 98 928 18036 144
346 441 524 603 775 86 (150) 19010 183 229 337 432 42 534 59 635
44 88 792 899 (10000)
20243 94 424 43 41027 130 477 490 578 612 792 870 92119 (100)
20 75 81 (100) 353 439 506 107 808 (100) 954 65 22488 658 62 708 21
51 99 991 96 24071 239 86 363 518 25 611 25024 91 212 37 407 626
87 816 64 69 908 72 90116 90 222 30 72 345 421 45 576 641 715 87
965 76 97049 187 308 457 72 609 11 702 8 0 924 9 28824 74 86
854 21 20192 296 10 21 369 427 (100) 67 537 91 633 81 24 959
30169 285 429 80 829 64 82 705 94 31212 37 408 578 (100) 61
20 782 844 32065 349 61 410 887 657 33056 129 51 (100) 267 7 359
62 (100) 540 45 633 7 62 91 34107 13 241 328 79 501 69 631 40
725 30 813 35075 127 76 576 609 6 81 (100) 74 96 91 809 933 54
30157 74 276 473 654 41 56 845 37105 89 364 934 422 34127 39
207 77 306 427 509 621 745 830 923 30129 114 416 79 622 809 33 54
933 (100) 74
40190 373 74 621 64 (100) 779 814 43 (100) 906 35 41005 147 282
613 14 95 99 723 51 81 978 42027 (100) 182 203 74 370 74 464 66
538 612 23 34 745 802 43007 338 79 (100) 437 52 6 1 731 92 328 (100)
31 905 22 62 44088 72 156 65 21 94 534 445 573 987 874 928 451 64
227 786 46077 312 93 503 72 89 994 47982 190 (100) 94 215 831
429 512 632 747 969 486 7 123 79 297 (100) 338 485 531 79 99 632 56
86 908 2 64 40117 38 (100) 78 86 214 363 75 538 705 16 904 77
50196 42 (100) 323 441 601 35 71 844 84 949 51027 50 83 119 23
22 08 28 295 413 (10) 63 83 602 883 999 32019 66 617 43 89 77 86 610
12 01 48 88 831 59 (100) 53151 86 676 39 914 42 54129 223 361 64
529 26 609 16 47 77 708 37 923 82 33321 408 50 576 81 834 94 56091
74 119 65 276 77 98 335 469 648 76 90 853 57118 1 (100) 265 302
424 96 555 67 643 86 76 26 46 90 6 91 909 78 381 22 216 94 313
34 57 459 89 623 848 75 77 186 85006 113 272 391 559 675 751 914
00384 (100) 481 812 61255 305 29 56 459 61 71 76 509 23 79 786
67 974 62014 61 107 211 499 950 74 713 15 939 63 650 29 128 (100)
339 64 678 819 83 949 64119 20 240 387 413 551 (100) 65 634 783 845
65 623 19 (100) 52 127 212 303 423 654 76 (100) 766 933 73 87 60137
49 279 378 448 529 63 641 806 67291 496 598 627 736 41 44 824 40
42 68447 79 826 67 969 80181 213 15 361 425 594 (200) 766 81
842 (10)
70957 60 116 314 50 70 500 80 614 16 30 44 61 723 937 71111
81 508 86 (100) 754 621 (200) 912 72 42 94 154 78 250 315 (200)
46 46 503 (100) 97 673 721 80 802 907 43 780 0 16 293 331 45 411
73 526 36 615 743 809 94 99 980 74097 259 657 792 817 18 89 914 38
129 21 205 30 677 800 55 995 76207 499 628 (100) 738 848 77094
(200) 21 183 94 396 63 585 (100) 0140 53 88 718 921 79006 215 (100) 767
79 350 576 681 718 813 59 954 70129 578 771 15 37 77 95 (100) 960
80066 83 131 88 342 (100) 417 59 612 881 81133 102 342 (100)
65 889 696 931 922 35 82215 (100) 599 441 621 735 806 9 27 941 44
(100) 71 83014 396 435 54 518 24 56 80 674 815 26 49 84011 25
115 (100) 16 327 98 425 76 585 93 97 603 43 889 391 (100) 63 85035
196 80 312 26 69 298 497 67 671 705 19 (50000) 31 79 810 89 924
33 87429 21 67 636 63 716 88010 0 (100) 233 92 355 79 608 84 90
784 822 93 236 89 89016 119 244 58 322 31 471 651 811 62 82 988

901 90508 61 90 127 93 234 431 618 48 99 803 5 90063 287 405 47
741 835 97091 (100) 152 91 219 (200) 307 31 (100) 34 540 70 624 60 97
701 43 817 935 67 98069 367 458 70 25 880 945 99014 (150) 50 99
174 85 93 488 846 51 59 919 (100)
100111 807 933 101089 207 37 53 80 401 74 682 749 60 900 39
88 102141 (100) 51 (100) 89 172 432 48 52 52 157 883 98 10348
51 (100) 233 371 456 576 99 888 104109 123 217 81 302 43 466 574
6 7 856 (100) 883 105052 81 245 63 591 97 633 867 919 92 106097
98 242 78 322 537 631 (200) 705 802 91 94 921 107183 285 56 (150)
91 (200) 594 723 999 108073 200 4 304 15 23 412 515 710 53 100237
315 19 47 899 98 971
110399 85 185 249 391 555 622 763 823 909 12 85 111130 83 802
74 939 112921 121 69 263 73 321 556 389 110000 89 122 327 405 65 888 718 927
111 394 659 99 969 114098 431 75 412 39 26 7